

das Ponymagazin aus der Roten Flora

Ausgabe 162 Mai/Juni 2011



hoppe hoppe Reiter wenn er fällt ...

Vorwort

Hallo zusammen,

Der April legt sich mächtig ins Zeug und heizt die Stimmung schon mal ordentlich an. Gut so. Denn bis jetzt ist schon jede Menge passiert, aber es kann nie genug sein. Das Hamburger Steckenpferd, die heilige, neue Pferdestaffel, musste just eine herbe Niederlage einstecken. Die Pferdchen können nun nicht mehr hin und her kutschiert werden, weil sich ihre fahrbaren Großraumtaxen in Luft aufgelöst haben. Na so was...jetzt lassen sie es sich auf der Weide gut gehen. Aber, wie auf unserem Titel zu sehen, hat die Hamburger Bullerei nach langer Suche eine Alternative für sich entdeckt .

In unserem Blättchen berichten wir diesmal über die Auseinadersetzung um das AZ Köln, dessen Räumung erfolgreich verhindert werden konnte. Wir lassen auch den Wagenplatz Zomia zu Wort kommen, deren Situation sich zwar temporär etwas entspannt hat, die Räumungsdrohung steht aber nach wie vor im Raum. Und dann gibt es ja noch den 30.4. Da wird wohl überall ziemlich viel los sein. In Bremen gilt es nun die eigentlich für den 1.5. geplante Nazikundgebung zu verhindern, in Hamburg das Recht auf Stadt zu erkämpfen und die Position der Flora zu stärken. Der Demostart hat sich hier aufgrund der parallel stattfindenden Naziaktivitäten von 15 auf 16 Uhr (vor der Flora) verschoben... und auch sonst ist rundherum munteres Treiben.... so lidarische Grüsse von uns an alle linken Aktivitäten an diesem Termin. Lassen wir den 30.4.2011 unvergesslich werden. Unübersehbar haben auch einige Aktionen stattgefunden die wir auch wieder gerne für Euch dokumentiert haben - so zum Beispiel das aromatisieren des Wasserturms , kleiner Aufwand - große Wirkung. Und dann steht uns ja auch der kleine Bruder der Volkszählung, der Mikrozensus, ins Haus. Hier soll's im Mai so richtig losgehen mit den Befragungen, und wir denken wer schweigt hat in diesem Fall mehr vom Leben - aber das, liebe Leser_innenschaft, wird dann wohl eher in einem der näxten Ausgaben unser Thema sein. Jetzt legt euch ins Zeug, damit wir auch morgen noch kraftvoll berichten können, das Wetter meint es gut mit uns - auf geht's!

Also dann, bis zum näxten Mal

Eure ZECKEN

Inhalt **Seite**

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.

***** *****************

Die näxte AVV findet am 15.5. um 19.30 in der Flora statt und die übernäxte dementsprechend am 15.6. gleiche Zeit, gleicher Ort!

***** *****************

Was geschieht in Mexiko? Was ist los mit der EZLN?

Der mexikanischen Journalist und Aktivist Javier Elorriaga von der zapatistischen Zeitschrift „Rebeldia" zu Besuch in Hamburg

Am Freitag, 20. Mai 2011, um 20:00 Uhr, im Centro Sociale, Sternstr. 2

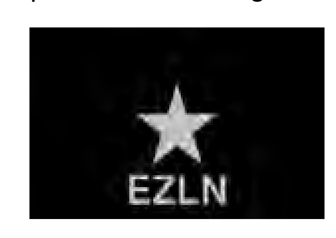
Organisiert von Yabasta-Netz Alemania, Waterkant-Yabasta Hamburg, Avanti Hamburg & Sin Rostro

Vor mehr als 17 Jahren, am 1.1.1994 erhoben sich die Zapatisten im Süden Mexikos, um der seit Jahrhunderten währenden Ausbeute und der neoliberalen Politik ein Ende zu bereiten. Die Forderungen nach Land und Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit fanden ein breites Echo in der Zivilgesellschaft. Sowohl in Mexiko wie auch in der gesamten Welt zeigten sich die Menschen mit den Forderungen der EZLN (Zapatistische Armee der nationalen Befreiung) solidarisch. Die Regierung jedoch bekämpft die Zapatisten bis heute mit allen Mitteln des „Krieges niederer Intensität": „Entwicklungs"projekten und Paramilitarismus. Anstatt mit Gewalt zu antworten, lässt die EZLN ihre Waffen schweigen. Ihr geht es nicht darum, die Macht zu erlangen. Vielmehr strebt sie einen wahrhaften und umfassenden gesellschaftlichen Wandel „von Unten" an. Innerhalb ihrer Struktur organisieren sich die Zapatist_innen basisdemokratisch in autonomen Gemeinden, Landkreisen und Regionalparlamenten. Daneben geben sie immer wieder wichtige Impulse an die mexikanische Zivilgesellschaft, sich außerhalb der etablierten Parteien zusammenzuschließen und für einen revolutionären Wandel einzutreten.

Allerdings ist die Situation in Mexiko bis heute nicht einfacher geworden. Weiterhin lebt ein Großteil der Mexikaner_innen in Armut. Die neoliberale Politik der Privatisierung wird gnadenlos fortgesetzt.
Seit der Präsident Felipe Calderón dem Drogenhandel den Krieg erklärt hat, versinkt das Land in einer nicht endenwollenden Welle der Gewalt. Oppositionelle Gruppen werden verfolgt und deren gerechte Forderungen immer weniger wahrgenommen. Ein Grund für uns zu Fragen: Was geschieht in Mexiko? Was ist los mit den Zapatist_innen? Deshalb freuen wir uns an diesem Abend Javier Elorriaga, Mitarbeiter der zapatistischen Zeitschrift „Rebeldía", zu Gast zu haben. Als Journalist und jahrelanger Aktivist besitzt Javier umfassende Kenntnisse über die zapatistische Bewegung in Chiapas. Daneben wird er uns auch über die aktuelle politische Situation in Mexiko im Allgemeinen informieren.

Nach dem Vortrag ist Zeit für Fragen, Diskussionen und Vernetzung.

Link: http://revistarebeldia.org



***** *****************

Do. 05.05.., 20 Uhr Flora

Know your history

Kollektives Gedächtnis weiterentwickeln und unsere Geschichten der Flora zusammentragen.

Ein Abend voller Bilder, vom Anfang ohne Ende. Für alle die den Anfang der Roten Flora nie gesehen haben und alle die sich erinnern wollen.

***** *****************

Wichtig: 1. Mai, alle zum Flüchtlingsheim!

Jetzt ist es raus, wo ihr am ersten Mai in Greifswald hin müsst, um euren direkten Protest gegen die Neonazis loszuwerden. Kommt alle zur Kundgebung am Flüchtlingsheim Heinrich-Hertzstraße, Ecke Spiegelsdorfer Wende. Die angemeldete Kundgebung, die direkt neben der Route der NPD liegt, kann und soll ab 9 Uhr von euch besucht werden. Steht noch früher auf und macht euch auf die Socken, damit ihr rechtzeitig um 9 Uhr dort ankommt! Bringt alle eure Freunde und Freundinnen mit, schnappt euch Ömming und Öpping, steckt Hund, Katze und Radio ein und ab gehts! Ebenfalls ganz wichtig; checkt gleich nach dem Aufstehen alle Informationskanäle; unseren Twitter, den Wap-Ticker, das Infotelefon und radio 98eins! Achtung: Die Lage kann sich jederzeit ändern, darum bleibt auf dem neusten Stand!

1. Mai/ 9 Uhr/ Flüchtlingsheim

***** *****************

Pressemitteilung // 18.4.2011 Wagengruppe Zomia

Perspektive für Wagenplatz Zomia weiter völlig unklar - Entscheider_innen in Bürgerschaft und Bezirksversammlung sind aufgefordert bestehende Spielräume für einen neuen Wagenplatz zu nutzen.

In der Sitzung der Hamburger Bürgerschaft am Donnerstag wurde die Auseinandersetzung über einen neuen Wagenplatz in Hamburg in den Stadtentwicklungsausschuss überwiesen. Bis dieser einen Entschluss getroffen hat, würden "nach guter parlamentarischer Tradition", so Metin Hakverdi (SPD, MdHB), keine Tatsachen geschaffen - sprich: keine Räumung bis zur Entscheidung im Ausschuss. Das drohende Räumungsszenario wird so tage- und wochenweise verschoben.
Die Wagengruppe Zomia fordert, nun die zweifelsohne bestehenden Möglichkeiten für die Einrichtung eines neuen Wagenplatzes zu nutzen.
"Wir öffnen ein Zeitfenster", so Andy Grote (SPD), zur Entscheidung der Bürgerschaft, den GAL-Antrag zur Duldungsverlängerung in den Ausschuss zu überweisen. Fraglich ist nun, wie dieses genutzt wird. Entgegen der oft vorgetragenen Bedenken ist es rechtlich kein Problem einen neuen Wagenplatz in Wilhelmsburg einzurichten. Die Abgeordneten auf verschiedenen Ebenen haben die Möglichkeit sich aktiv dafür zu entscheiden. Die Wagengruppe Zomia fordert das Ende vorgeschobener falscher Argumente, die absurde Räumungsszenarios begründen sollen:

- ARGUMENT NR. 1: Es sei auf Grund des Wagengesetzes nicht möglich einen neuen Wagenplatz einzurichten. Selbst im Rahmen des umstrittenen Hamburger Wohnwagengesetzes (§2)ist es möglich auf Antrag einen neuen, auf 5 Jahre befristeten, Wagenplatz einzurichten. Selbst die FDP äußerte sich vor der Landtagswahl 2011 zum Wagengesetz wie folgt: "Dieses ist eine in den 50er Jahren geschaffene Adaption des bis dahin geltenden nationalsozialistischen "Anti-Zigeuner-Gesetzes" aus den 30er Jahren". Und: "Solange die Rechtslage so unbefriedigend ist, sind wir auch als Rechtsstaatspartei bereit, solche Wohnformen in den genannten rechtlichen Grauzonen zu dul-

den, natürlich nur, solange für alle Einwohner geltende Anforderungen wie Ver- und Entsorgung, Bodenschutz und nachbarschaftliche Rücksichtnahme eingehalten werden", so Katja Suding (FDP) auf Abgeordnetenwatch.

- ARGUMENT Nr. 2: Der Standort von Zomia ist eine Industriefläche, auf der Wohnen nicht erlaubt sei. Das Leben auf als Industriegebiet ausgewiesenen Flächen, wie der aktuelle Standort Zomias, ist unter gewissen Umständen möglich. Ein bereits legaler Bauwagenplatz im Bezirk Altona befindet sich bereits seit Jahren ohne Probleme in einem Industriegebiet. Die weitere Beurteilung der Fläche durch die BSU ergab bereits im Januar folgendes Ergebnis: "Im Hinblick auf die fachbehördlichen Aufgaben der BSU wird mitgeteilt, dass dem Abschluss einer befristeten Duldungsvereinbarung über die Nutzung des im Bebauungsplan (...) als Industriefläche ausgewiesenen Flurstücks 8515 (...) unter Nutzungsbedingungen (...) keine fachbehördlichen Bedenken begegnen" (Stellungnahme der BSU gegenüber der Bezirksversammlung am 17.1.2011) Wie Andy Grote (SPD) betonen Entscheider_innen immer wieder "grundsätzlich nichts gegen Bauwagenplätze" zu haben. Kaum jemand ist zu finden der/die persönlich etwas gegen diese Lebensform einzuwenden hätte. Die Wagengruppe Zomia fordert Entscheider_innen auf, endlich ihren Spielraum für einen neuen Wagenplatz zu nutzen!

- Die Hamburger Bürgerschaft kann ein Zeichen setzen für eine offene Stadt, für die Akzeptanz existierender Lebensformen. Sie kann die Einrichtung eines neuen Wagenplatzes in Hamburg selbst beschließen. Der Stadtentwicklungsausschuss kann diese Entscheidung konstruktiv vorbereiten und endlich falsche Argumente ausräumen.

Auch die Bezirksversammlung des zuständigen Bezirkes Hamburg Mitte wird am kommenden Donnerstag über die Duldung von Bauwagen im Stadtteil Wilhelmsburg diskutieren. Der Bezirk ist für die Genehmigung eines neuen Wagenplatzes in Wilhelmsburg zuständig, und nach Auskunft der BSU (Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt) benötigt er dafür zusätzlich lediglich der fachbehördlichen Zustimmung der BSU. Die Wagengruppe Zomia fordert eine Duldungsverlängerung mindestens bis Ende 2011, damit genügend Zeit bleibt, sich auf einvernehmliche Kriterien und/oder Auflagen zu einigen.

- Bezirksamtsleiter Markus Schreiber (SPD) kann die verwaltungsrechtliche Räumungsanordnung ab dem 30.4.2011 aussetzen. Die Wagengruppe Zomia fordert, politische Spielräume zu nutzen und sich nicht weiter hinter einer sachlich falschen Litanei von "Recht und Gesetz", vorgeschobenen Argumenten à la "die Wagen sind nicht isoliert" und Androhungen einer gewaltsamen Räumung zu verschanzen.

- Jutta Blankau (Standentwicklungssenatorin) kann die die Stellungsnahme der BSU (siehe oben) zur Unbedenklichkeit des Standortes von Zomia weiterhin bekräftigen. Solange die Räumungsanordnung ab dem 30.4.2011 gültig bleibt steht lediglich ein ungewisser Aufschub von wenigen Tagen und Wochen im Raum. Damit wird die sachliche Diskussion um ein inhaltlches Konzept völlig unnötig erschwert, da die bedrohten Bauwagenbewohner_innen ständig mit einer kurzfristigen Räumung rechnen müssen. Stattdessen sollte mit der Aussetzung der Räumungsanordnung ein vernünftiges Zeitfenster geschaffen und endlich auch genutzt werden.

Ein neuer Wagenplatz ist auf der aktuellen Fläche möglich, die genannten Entscheider_innen müssen es nur wollen!

Wagengruppe Zomia

Blog: http://zomia.blogsport.eu
Twitter: http://twitter.com/wp_zomia
Newsletter:
ttps://lists.riseup.net/www/subscribe/zomia

***** *****************

Sa. 15.05. 17 Uhr

Hafenrundfahrt Piraten!? Glorreiche Halunken oder Abgehängte dieser Welt?

Was hat die Piraterie mit dem internationalen Fischraub vor Somalias Küste zu tun? Wer benutzt Somalias Gewässer als Mülldeponie? Was hat es mit den Waffen auf der gekaperten "MS Faina" auf sich? Wer sind die jungen Männer aus Somalia? Und was bedeutet "Sicherheit" am Golf von Aden? Im Strafverfahren vor dem Landesgericht Hamburg geht es um Juristisches. In Zusammenarbeit mit der Hamburger Gruppe kein mensch ist illegal beleuchtet unsere Hafenrundfahrt die politischen Hintergründe.

Die Rundfahrt dauert 1 ½ Stunden
Preis pro Person 10 Euro, ermäßigt 8 Euro

***** *****************

Bremen: 1.Mai Nazifrei! - Aus dem 1. Mai-Flop wird ein verspäteter Aprilscherz!

Der für den 1. Mai groß angekündigte "Sozialkongress" der rechtsextremen NPD in Bremen findet nicht statt. Er wurde um einen Tag vorverlegt - auf Sonnabend den 30. April. Das belegen parteiinterne Mails, die NDR Info vorliegen. Die NPD begründet die Verschiebung damit, dass die Versammlungsbehörde die Demonstrationsroute "in weit abgelegene Gebiete abschieben" wolle, heißt es in der Mail. Bei den Behörden in Bremen ist der Vorgang nach Informationen von NDR Info bereits bekannt. Der Wahlkampfleiter der NPD in Bremen, Patrick Wieschke, hat die Verschiebung auf Nachfrage betätigt. Experten bewerten die Verschiebung nicht als raffiniertes taktisches Manöver, sondern als ein Eingeständnis der Schwäche. Die NPD hatte die erwateten Teilnehmerzahlen für den "Sozialkongress" am 1. Mai in den vergangenen Wochen mehrfach herabgesetzt. Zuletzt war mit knapp 250 Teilnehmern gerechnet worden.

Der Grund: Für den 1. Mai sind in Greifswald, Halle und Heidelberg ebenfalls rechtsextreme Aufmärsche angemeldet worden. In der Szene ist für diese Veranstaltungen eine deutlich intensivere Mobilisierung wahrnehmbar.

Bereits vor Wochen hatte Andreas H., ein seit Jahren aktiver Rechtsextremist aus Bremen, am Rande einer braunen Demonstration in Lübeck erklärt, dass er den Aufmarschort Bremen am 1. Mai meiden werden: "Warum soll ich da hingehen, wo die Behörden es uns schwermachen?" Vor diesem Hintergrund haben die NPD-Verantwortlichen in Bremen offenbar die "Notbremse" gezogen. Entsprechende Anmeldungen für den 30. April liegen bereits vor. Die NPD ist erkennbar selbst nicht sicher, dass auch die verschobene Demonstration planmäßig stattfinden kann. "Änderungen sind auch hier möglich", heißt es in der parteiinternen Mail. In der Szene wird die Verschiebung bereits bespöttelt: Nun werde aus dem zu erwartenden Mai-Flop ein verspäteter Aprilscherz.



STADT SELBST MACHEN

Gegen Vertreibung, Mietenwahnsinn und kapitalistische Stadtentwicklung!

30.4. Überregionale Demonstration, 16 Uhr Rote Flora Hamburg

Wir rufen aus Anlass der aktuellen Bedrohung der Roten Flora und des anstehenden Räumungstermins des Wagenplatzes Zomia am 30. April zu einer überregionalen Demonstration gegen kapitalistische Stadtentwicklung und Gentrifizierung in Hamburg auf.

Im März diesen Jahres ist der Vertrag der Stadt mit Investor Kretschmer ausgelaufen und das besetzte Zentrum Rote Flora seit April auf dem Markt. Das seit 22 Jahren bestehende Projekt ist von einem Weiterverkauf an private Investor_innen bedroht. Angeblich soll es mehrere Interessent_innen geben, die alle die Räumung bereits geplant haben. Wir verlassen uns auch nicht auf die Worte von Bürgermeister Scholz, niemand habe vor, an dem jetzigen Zustand im Großen und Ganzen etwas zu ändern.

Auch der Bauwagenplatz Zomia hat eine Räumungsverfügung zum 30.4. erhalten. Bezirksamtsleiter Markus Schreiber von Mitte ist fest entschlossen, den Platz zu räumen. Wir halten dagegen und werden diese drohende Räumung gemeinsam verhindern. Der Versuch einer gewaltsamen Vertreibung von Zomia ist Ausdruck einer politischen Entscheidung, keine weiteren Wagenplätze in Hamburg zuzulassen. Wie der neue Senat mit dem Wagenplatz Zomia umgeht, ist für uns auch ein Vorgeschmack für die weiteren Konflikte um Recht auf Stadt in Hamburg.

Alle Lebensbereiche werden zunehmend privatisiert und sollen der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um Stadt entzogen werden. Arbeitskämpfe in Krankenhausbetrieben, die Verantwortlichkeit für eine gute Wasserqualität oder bezahlbare Mieten sollen aus dem Konfliktfeld und Bewusstsein der Öffentlichkeit verdrängt werden. Die Politik versucht, ihre strukturelle Verantwortlichkeit zu verbergen und gestaltet sich als nicht verantwortliche Adresse und lediglich moderierend. Teile und herrsche ist das Prinzip der modernen Stadt. Über so genannte Partizipationsgremien wird Zustimmung erzeugt und Betroffene gegeneinander ausgespielt. In Schlichtungsverfahren werden Proteste über den runden Tisch gezogen, um sie auf der Straße zu verhindern. Beteiligungsverfahren reproduzieren gesellschaftliche Hierarchien und Gewaltverhältnisse. Insbesondere die Bedürfnisse von ökonomisch schlechter gestellten Anwohner_innen, Obdachlosen oder Illegalisierten werden ignoriert und abgewickelt, stattdessen privatwirtschaftliche Belange als Interesse aller verkauft und als Standortfrage in den Vordergrund gestellt.

In vielen Städten organisieren sich Menschen gegen diese Verhältnisse und finden sich in Netzwerken wie Recht auf Stadt in Hamburg zusammen. Mieter_innenkämpfe, der Widerstand von Prostituierten und Drogenkonsument_innen gegen Vertreibung, der Protest gegen Großprojekte und Gentrifizierung, der Kampf für den Erhalt von Bildungseinrichtungen, von öffentlichen Grünflächen, von Kinos, Theatern und Museen besitzt bei allen Unterschieden einen gemeinsamen Kern: den Wunsch nach mehr Selbstbestimmung und den Widerspruch gegen eine Politik von oben. Haus- und Platzbesetzungen sind dabei legitime und richtige Aktionsformen, um Leerstand zu beenden.
Wir sehen solche Projekte nicht als Selbstzweck und Nische, sondern als Teil einer weitergreifenden Bewegung und Frage nach Aneignung des Lebens. „Wir bleiben alle!“ ist mehr als eine identitätsstiftende Parole. Es ist eine solidarische Kampfansage gegen einen Begriff von Stadt als Konkurrenz, gegen Vereinzelung und Vertreibung. Das Hamburger Gängeviertel, die Liebigstraße 14 in Berlin oder das AZ in Köln stehen für einen Versuch des Widerspruches zur strukturellen Gewalt der Ökonomie.

Wir vertrauen nicht der etablierten Politik und auch keinen staatlichen Institutionen.

Atomausstieg bleibt ebenso Handarbeit wie der Kampf gegen steigende Mieten oder die Verteidigung von sozialen Projekten. Politische Perspektiven ergeben sich für uns aus der Vernetzung von Konfliktorten und kommenden Aufständen gegen eine Weltordnung, in der die Metropolen und Städte in zerstörerischer Weise um Märkte konkurrieren.

Lohnarbeit und Kapitalismus bieten keine Perspektive für eine befreite Gesellschaft. Ohne eine globale Umverteilung und radikale Infragestellung des kapitalistischen Systems werden sich diese Ungerechtigkeiten weiter reproduzieren. Zwar sind wir alle, ob wir wollen oder nicht, Teil dieser Verhältnisse, aber genau deshalb können wir uns auch zum Teil von deren Überwindung machen. Wir machen jetzt und heute unsere Situation zum Ausgangspunkt. Mit solidarischem Blick über den eigenen Tellerrand und der Lust, sich immer wieder neu zu erfinden, in Frage zu stellen und ohne Scheren im Kopf am Leben teilzuhaben. Wir sehen die Demonstration am 30.4. nicht nur als solidarischen Ausdruck, dass wir eine Räumung der Roten Flora, des Wagenplatzes Zomia oder anderer Projekte aktiv verhindern werden, sondern vor allem als Ausdruck und Teil solcher sich überregional entwickelnden Auseinandersetzungen.

Es geht uns ums Ganze!
Darum, dass wir nicht im Bestehenden verbleiben, sondern in Bewegung geraten und der scheinbaren Alternativlosigkeit kapitalistischer Realpolitik das Aufbegehren für eine andere Welt entgegen stellen.

Wir wollen mit dieser Demonstration in den Mai feiern und verstehen sie auch als Teil der Mobilisierung gegen den Naziaufmarsch am darauf folgenden Tag in Bremen. Wir laden alle ein, gemeinsam mit dem Zug von Hamburg aus dort anzureisen.
Kein Fußbreit, keine Bahn für Faschist_innen und Rechtspopulist_innen!

Keine Vertreibung, Platzverweise und Gebietsverbote! Wagenplatz Zomia und Rote Flora verteidigen! Stadt aneignen – Investor_innen enteignen – Leerstand besetzen!

Wir benötigen Schlafplätze für die Demonstration. Bitte meldet euch, wenn ihr Platz habt oder sucht, unter der Adresse: schlafplaetze@gmx.de

Die Rote Flora wird vor der Demo geöffnet sein und bereits ab 15 Uhr gibt es von dort Beiträge und Informationen.

Mehr Infos: http://florableibt.blogsport.de

Organisiert euch im Mitmach-Pappen-Häuser-Block

Im März diesen Jahres ist ein Vertrag ausgelaufen und das besetzte Zentrum Rote Flora ist frei auf dem Markt. Das seit 22 Jahren bestehende Projekt ist damit von einem weiteren Verkauf an einen privaten Investor bedroht. Wir rufen aus Anlass einer möglichen Räumung der Roten Flora und der Bedrohung des Wagenplatzes Zomia in Willhelmsburg zu einer überregionalen Demonstration gegen kapitalistische Stadtentwicklung und Gentrifizierung in Hamburg auf. Die Bedrohung dieser Projekte ist Ausdruck neoliberaler Umstrukturierungsprozesse in städtischen Räumen. Überall steigen Mieten, werden Bewohner_innen vertrieben, Wohnungen in Eigentum umgewandelt und die Stadt privatisiert. Im Rahmen einer streng ökonomischen Standortpolitik diktieren Konsum und Kapital die Gestalt der uns umgebenden Architekturen. Wir wollen dieser Entwicklung sichtbaren Protest entgegen setzen, den Auseinandersetzungen um besetzte Häuser und Projekte Ausdruck verleihen und die Proteste um Recht auf Stadt thematisch aufgreifen.

Häuser- und „Recht auf Stadt“-Mitmach-Block

Auf der Demo wird es deshalb einen Häuser- und „Recht auf Stadt“-Mitmach-Block geben, auf dem wir die aktuellen Auseinandersetzungen um Stadt verräumlichen und bedrohte Projekte im wahrsten Sinne des Wortes mitnehmen, um der Stadt Beine zu machen.

Alle, die am Häuser- und „Recht auf Stadt“-Block teilnehmen wollen, sind eingeladen, sich aus Pappkarton als umkämpftes Haus oder zu sonstigem städtischen Konflikt zu verkleiden. Mit dieser Inszenierung wollen wir uns als Stadt und Vorstellung wie Stadt aussehen könnte, durch diese hindurch bewegen. Damit wollen einerseits zu einer Demonstration beitragen, die einen vielfältigen Ausfruck herstellt und andererseits unsere Kritik und Utopien entschlossen und unübersehbar auf die Straße tragen.

»STADT SELBST MACHEN«, bedeutet nicht auf Behörden oder die etablierte Politik zu vertrauen, sondern die Propagierung selbstbestimmter Aneignung. Wir wollen nicht um andere Verhältnisse bitten oder uns in Partizipationsmodellen und Schlichtungsverfahren über einen runden Tisch ziehen lassen. Hausbesetzungen und soziale Projekte sind ein ebenso wichtiger Bestandteil von dem, wie wir die Stadt gestalten und entwickeln, wie der Widerstand gegen zunehmende Privatisierungen oder die Vertreibung von unerwünschten Bevölkerungsgruppen.

Mit »STADT SELBST MACHEN« wollen wir Stadt als Ort einer frei zugänglichen und gestaltbaren Öffentlichkeit, eines unkontrollierten Kommen und Gehens und der Verdichtung von Unterschiedlichkeit, gegen ausgrenzende Konzepte von Städten und Metropolen als Marken, Unternehmen oder kapitalistischen Standorten verteidigen.

Knautschzone und Skyline des Protestes

Der Mitmach-Pappen-Häuser-Block wird in der Demo starten, Teile werden sich im Falle eines massiven Spaliers aber ggf. auch auffächern und »Out of Control« durch die Straße bewegen. Wir wollen schließlich nicht, dass unsere Kostüme als zensiertes Straßentheater hinter einem uniformierten Vorhang verschwinden.

Wir rufen alle zum Info- und Aktionsbastelworkshop am Mittwoch den 27. April in der Roten Flora auf. Bringt Pappkarton, Folie, Klebeband, Scheren und alle Utensillien mit, die ihr zum Bau eines Papphauses benötigt. Bei der Konstruktion oder euren Motiven sind euch keine Grenzen gesetzt, ihr könnt Bauwagen, Hausboote, öffentliche Plätze, einen Park oder anderes darstellen. Die einfachste Konstruktion bei »STADT SELBST MACHEN« ist ein Karton mit etwas Farbe und 3 Löchern, für Arme und

Kopf. Ihr könnt aber auch komplexere Kostüme in Angriff nehmen mit Gelenkteilen an Armen und Beinen, ganze Reihenhauskonstruktionen oder in die Höhe gehen.

Aber denkt bitte daran, dass ihr später damit auf einer Demo unterwegs seid. Eure Konstruktion sollte nicht viel wiegen, die Arme und Beine frei beweglich lassen und so stabil sein, dass sie nicht gleich auseinanderfällt, falls ihr mal zusammen stosst. Bastelt euch eine persönliche Knautschzone und macht euch zur Skyline in der Demo. Die Stadt sind wir alle!

Mietenwahnsinn stoppen! – Leerstand besetzen! Autonome Projekte verteidigen!

Öffentliches Basteltreffen und Vorbereitung: Mi. 27.4. ab 18 Uhr in der Roten Flora

Treffpunkt auf der Demonstration am 30.4, 16 Uhr vor der Haspa im Schulterblatt

Presseerklärung der Kampagne „Flora bleibt unverträglich!“

zur Aktionistischen Behördensprechstunde am 28.3. beim Grundbuchamt

„Wir haben den Grundbucheintrag der Roten Flora zerscheppert!“

Aktivist_innen der Kampagne „Flora bleibt unverträglich!“ gehen gegen die Eigentumsordnung vor

Heute Mittag haben Aktivist_innen der Kampagne „Flora bleibt unverträglich!“ vor dem Grundbuchamt in der Caffamacherreihe den Grundbucheintrag der Roten Flora öffentlich zerstört. Damit sind die Aktivist_innen dem bisherigen Eigentümer Klausmartin Kretschmer zuvorgekommen, der mithilfe des Notars Henning Voscherau eine „Grundbuchbereinigung“ erwirken wollte: Die Nutzungsfestschreibung als Stadtteilkulturzentrum sollte aufgehoben werden, damit das Grundstück für potentielle Käufer_innen attraktiv wird, die es einer kommerziellen Nutzung zuführen wollen. Erste letzte Woche hatte Kretschmer im Interview mit dem Hamburger Abendblatt erklärt: „Ja, ich werde verkaufen.“ Nun stellt sich die Frage: Wer will ein Grundstück ohne Grundbuch kaufen?

Florence erläutert die Aktion:
„Seit der Besetzung 1989 gehört die Rote Flora fak-tisch allen Menschen, die sie gerade aktiv nutzen. Die formalen Eigentumsverhältnisse, wie sie im Grundbuch eingetragen sind, spielen dabei über-haupt keine Rolle – und niemand in der Flora hat vor, an diesem Zustand etwas zu ändern. Um das klarzustellen, haben wir den Grundbucheintrag der Flora heute öffentlich zerscheppert.“

Florentin ist es wichtig, dass es bei der Aktion nicht nur um das Grundbuch der Flora geht, sondern um die Eigentumsordnung insgesamt und vor allem um ein Recht auf Stadt:
„Die Eigentumsordnung sorgt dafür, dass unzählige Orte, die allen offen stehen könnten, für viele Men-schen unzugänglich sind. Häufig geschieht das durch Privatisierungen öffentlichen Raums wie z.B. durch das Mövenpick-Hotel im Wasserturm oder aktuell durch die Erweiterung der Außengastronomie-flächen im Schanzenviertel. Ein Kampf für ein Recht auf Stadt beinhaltet deshalb, gegen die Eigentums-ordnung vorzugehen!“

Floriana erläutert, warum die Zurückdrängung der Eigentumsordnung gesellschaftlichen Fortschritt bedeutet:
„Im digitalen Bereich ist es selbstverständlich ge-worden, dass Vieles ohne Eigentum funktioniert. Wikipedia-Artikel oder Open-Source-Software wie Firefox haben keinen Eigentümer. Sie sind deshalb frei zugänglich und können von allen weiterentwi-ckelt werden, die bestimmte Grundprinzipien ein-halten wie das der freien Zugänglichkeit. Die Rote Flora beweist, dass das auch im materiellen Bereich möglich ist: Auch die Flora hat faktisch keinen Ei-gentümer. Sie kann deshalb von allen, die bestimmte Grundprinzipien teilen, genutzt werden. Zu diesen Grundprinzipien gehört unter anderem, dass niemand in oder mit der Flora Geld verdienen kann.“

Florenz erklärt, wie die politische Praxis gegen die Eigentumsordnung konkret aussieht:
„Eigentum kann immer enteignet und vergemeinschaftet werden. Damit meinen wir keine Verstaatlichung, sondern eine selbstbestimmte Kollektivierung, die aus der falschen Alternative zwischen Privatisierung und Verstaatlichung aus-bricht. Der Hamburger Leerstandsmelder zeigt, dass genügend Räume für alle da sind. Und die Hausbesetzungen der letzten Monate in Hamburg und Umgebung beweisen, dass die Eigentumsordnung angreifbar ist!“

Für Floretta zeigt das Projekt Rote Flora, welche Möglichkeiten enteignete Räume bieten:
„Die Rote Flora ist immer das, was alle, die sie aktiv nutzen, aus ihr machen. Wir fordern alle auf, sich die Flora und die Kampagne „Flora bleibt unverträglich!“ selbstbestimmt anzueignen und sie mit eigenen Ideen und Inhalten zu füllen.“

Florian weist darauf hin, dass die heutige Aktion erst der Anfang ist:
„Die Kampagne „Flora bleibt unverträglich!“ kommt jetzt richtig ins Rollen. Weitere Aktionen sind in Planung. Am 30.4. werden wir mit einer überregio-nalen Demo in den Mai tanzen. Inhaltlich wird es dabei nicht nur um die Zukunft der Flora gehen, son-dern auch um die des Wagenplatzes Zomia, dessen Duldung am 30.4. ausläuft, aber auch um andere Projekte aus dem Recht auf Stadt-Netzwerk.“

Kampagne „Flora bleibt unverträglich!“



Archiv der Sozialen Bewegungen

In eigener Sache - Teil 3

Vielleicht haben ein paar Floranutzer_innen bereits gemerkt, dass wir wieder wöchentlich fast so lange Öffnungszeiten wie bis 2009 haben (jetzt montags 16-20 Uhr, Fotoarchiv 18.30-21 Uhr). Alles wieder gut, alles wie immer also? Nein!

Um die Zukunft des Archivs zu sichern und uns mehr in politische Prozesse und Debatten einbringen zu können, haben wir - bewusst - erstmal nur an die (Flora-)Szene den Aufruf gerichtet, mit uns wieder in ein Gespräch zu kommen. Dafür hatten wir in zwei Texten ("In eigener Sache 1+2" - veröffentlicht auf unserer Website und in der ZECK) Ideen und Probleme aufzuzeigen versucht und zu zwei Diskussionsrunden eingeladen - mit bewusst langem Vorlauf, damit möglichst niemand auf Grund eigener Terminplanung oder fehlender Vorbereitung innerhalb der eigenen politischen Zusammenhänge ausgeschlossen wäre. Die Resonanz war bitter: kamen zur ersten Runde noch eine Hand voll Genoss_innen, waren wir am zweiten Abend fast unter uns. Insofern können wir nur feststellen: innerhalb der Roten Flora ist das Archiv der Sozialen Bewegungen offenbar unverträglich! Für außen stehende, szenenahe oder -ferne Personen sind wir nach wie vor gefragte Anlaufstelle, insbesondere für Studis und Promovent_innen.

Ein paar von uns haben sich verabschiedet und einige alte und neue Archivar_innen machen weiter. Manchmal schlecht gelaunt, manchmal mit Galgenhumor und manchmal einfach mit der jahrelang geübten Geduld und Routine des/der bewegten Archivar_in. Alle Ideen, die wir haben und die aus der kleinen Resonanz aus der Szene immerhin hervorgingen, liegen so wie manche Papierberge und Kartons bei uns herum. So entstehen keine Impulse, Interventionen, Attraktionen und schon längst kein Aufstand. Aber mehr ist nicht drin. Wenn sich jemand mehr wünscht - Öffnungszeiten, mehr Kaffee, mehr Kekse, mehr Wohlfühlraum, mehr Unterstützung bei der Arbeit mit Papierbergen, mehr Öffentlichkeitsarbeit, mehr politische Intervention, eine Bestandserweiterung beispielsweise mit Web-Archivierung, Filmmaterial etc. - neue Mitarbeiter_innen sind immer gern gesehen! Wer keine Zeit für die Mitarbeit hat, hat ja vielleicht etwas Kohle und kann das Archiv mit (steuerabsetzungsfähigen) Spenden, am besten einem kleinen (oder großen...) Monatsbeitrag, unterstützen, denn die laufenden Kosten für Material, Kopierer, Strom etc. wollen wir nicht mit einer politischen Abhängigkeit von Staatsknete o.ä. bezahlen. Und wer weder Zeit noch Kohle hat, kann auch nach wie vor politisches Altpapier spenden, denn aus Materialspenden ist der ganze Archivbestand - abgesehen von den eigenen Fotodokumentationen des Foto-ArchivKollektivs - entstanden.

Wir wollen den Bullen bei einer Räumung nicht stundenlang volle Archivkartons auf den Helm werfen, wir wollen nicht tonnenweise Szenematerial ans Staatsarchiv oder eine andere Institution verschenken, wir wollen die Bestände nicht bei ebay oder amazon verhökern (auch wenn sich damit z.B. die ZECK wohl für Jahre finanzieren ließe). Wir wollen ein ARCHIV DER SOZIALEN BEWEGUNGEN sein und zwar von diesen, über diese, MIT diesen und für diese. Wenn ein paar linke Historiker_innen freudestrahlend über den Archivalien sitzen, freut uns das. Wenn ein paar Aktivist_innen freudestrahlend über den Archivalien sitzen, freut uns das sehr. Und wenn daraus dann noch eine gute Broschüre, Stellungnahme, ein Diskussionsbeitrag oder Redebeitrag entsteht, so ist es genau das, was wir uns wünschen.

Wir wollen wenigstens versuchen, unsere Dienstleistungen weiterhin anbieten zu können. Das Archiv jenseits von Institutionen, Staat oder herrschender Wissenschaft, begreifen wir als eine Form von "Gedächtnis" der sozialen Bewegungen (die auch mehr umfassen, als die autonome Szene). ARCHIV BLEIBT ! - unbeachtet - unglükklich

Archiv der sozialen Bewegungen und FotoArchivKollektiv im April 2011

Öffnungszeiten montags 16-20 Uhr (Fotoarchiv 18.30-21 Uhr) und nach Vereinbarung

http://asb.nadir.org - mail asb@nadir.org
Tel.: 040 - 433 007
Rote Flora (Seiteneingang)
Achidi-John-Platz 1
20357 Hamburg

Hausbesetzung in Wilhelmsburg

Am Mittwoch den 12. April, wurde in Hamburg-Wilhelmsburg ein Haus besetzt. Das Haus am Veringhof 23 stand lange leer und soll nun zu einem Künstler_innenprojekt der IBA (Internationale Bauausstellung) werden. Die IBA, die sich einen sozialen und ökologischen Anstrich gibt, und nach aussen vorgibt, nur das Beste für die Stadtteile Wilhelmsburg und Veddel zu wollen, ist in Wahrheit verantwortlich für Aufwertung und Vertreibung in diesen traditionell migrantischen und ärmeren Vierteln.
Neue Mieter_innen sollen nach Wilhelmsburg gezogen werden, der Stadtteil soll schöner, bunter, netter und vor allem teurer werden. Doch in letzter Zeit regt sich der Widerstand. Geht mensch durch Wilhelmsburg, sind überall Sprüche wie "IBA verpiss dich", "IBA fuck off"...zu lesen, Fensterscheiben von Immobilienfirmen und Banken sind kaputt. Die Stimmung fängt an, zu kippen, IBA und igs (internationale gartenschau) sind nicht willkommen.

Das hat eine Gruppe von Menschen zum Anlass genommen, das Haus am Veringhof 23 zu besetzen und damit einen kleinen Teil dazu beizutragen, den Aufwertungsprozess in Wilhelmsburg zumindest aufzuhalten, in vollem Bewusstsein darüber, dass es in einer kapitalistischen Marktwirtschaft kein "Recht auf Wohnen" und keine "Stadt für Alle" gibt. Nur die Überwindung des Kapitalismus kann eine schönes Leben und Luxus für Alle ermöglichen. Deshalb gilt es, mit Aktionen wie Hausbesetzungen kapitalistische Verwertungslogik direkt anzugreifen und die Frage nach einem ganz anderen Ganzen zu stellen.

Transparente mit den Aufschriften "IBA ist scheisse - Kapitalismus stinkt", "BESETZT", und "Deutschland verrecke" hängen aus den Fenstern des besetzten Hauses. In einem Transparent mit der Aufschrift "Willitown grüszt F-hain" wird zudem Bezug auf den Angriff auf die Polizeiwache in der Wedekindstrasse in Berlin-Friedrichshain genommen. Solidarische Grüsse nach Friedrichshain!
Natürlich ist die Besetzung auch eine kleine Warnung an die Stadt:
Finger weg von der Flora!

Wilhelmsburg muss dreckig bleiben - IBA verpiss dich! Kapitalismus kaputt machen - Luxus für Alle!

Ein neues selbstverwaltetes Stadtteilzentrum für Altona

Am Samstag wurde in der Großen Bergstraße 264 von Aktivist_innen und Stadteilinitiativen das Autonome Centrum Altona Bahnhof eröffnet. Seit 17.30 Uhr ist das Centrum, das sich in dem Gebäude des ehemaligen Finanzamtes befindet, offen für Alle. Das Centrum soll Raum bieten für eine nicht kommerzielle Nutzung, für die Ideen und Projekte der Anwohner_innen. Als Ausdruck des Widerstands gegen die Aufwertungspolitik der Stadt Hamburg setzt die Besetzung ein deutliches Zeichen: für ein Recht auf Stadt.

Hintergrund der Aktion ist der weit verbreitete Leerstand in Hamburg und die zunehmende Verdrängung von Anwohner_innen aus ihren Stadtteilen. Eine Besetzung des Gebäudes ist nicht zuletzt deshalb gerechtfertigt, weil eine sinnvolle Nutzung von städtischer Seite nicht in Sicht ist. In Zeiten, in denen die Rote Flora oder der Wagenplatz Zomia von Räumung bedroht sind, gilt es umso mehr, aktiv zu werden und weitere autonome Projekte zu erkämpfen und zu verteidigen.

Das Gebäude, das seit 5 Jahren leer steht, dient der Stadt als Spekulationsobjekt in einem Stadtteil, der massiv von Aufwertungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen betroffen ist. Die Stadt scheint unter anderem auf den Bau des neuen IKEA und der damit einhergehenden Wertsteigerung von Immobilien in der Neuen Großen Bergstraße zu warten. Als Gegenpol zu dieser Entwikklung bietet das neue Centrum Raum für vielfältige Projekte wie eine offene Küche für alle, eine Bibliothek, ein Kino, Werkstätten, Arbeitsräume für Stadtteilinitiativen und andere Gruppen, Sport- und Musikräume, Notunterkünfte, Kunst und vieles mehr...

Lea Stand, eine Mitinitiatorin des Stadtteilzentrums, erklärt: "In Altona gibt es keinen Ort mehr, wo Menschen sich treffen können ohne etwas zu konsumieren. Als Studentin in Hamburg ist das Leben schon so teuer genug, wir brauchen hier also ein Stadtteilzentrum, welches für alle zugänglich ist unabhängig von Einkommen und Herkunft."

Der Anwohner Karl Rösch sagt hierzu: "Ich wohne hier seit 30 Jahren und beobachte diesen Stadtteil sehr genau. Die Entwikklung macht mir Sorgen, weil viele meiner Freunde wegziehen müssen. Früher saß ich mit meinen Nachbarn noch im Café nebenan. Heute gibt's das nicht mehr, wie viele andere auch nicht, denn sie können sich die hohen Ladenmieten nicht mehr leisten. In den neuen Läden fühle ich mich nicht wohl und die sind mir eh zu teuer. Ich finde es gut, dass endlich Leute anfangen die Dinge selbst in die Hand zu nehmen."

Ein Aktivist aus dem Recht-Auf-Stadt-Netzwerk ergänzt: "Bewohner einer Stadt brauchen Freiräume, in denen soziales Leben ohne Zwänge und Ausgrenzung stattfinden kann. Wie die Vergangenheit gezeigt hat, müssen Freiräume immer wieder erkämpft werden."

Leerstand besetzen!
Mietwahnsinn stoppen!
Autonome Projekte verteidigen!



Changing Realities

Kongress für autonome Politik 2011

17. - 19. Juni 2011

im Autonomen Zentrum Köln

(Wiersbergstr. 44, Köln - Kalk)

Gesellschaftliche Zustände verändern sich, wir verändern uns, und wir wollen gesellschaftliche Zustände verändern: Seit dem Kongress für autonome Politik, der 2009 in Hamburg stattgefunden hat, hat das Bedürfnis nach gemeinsamer Verständigung und Vernetzung für viele von uns stetig zugenommen. Das liegt - aus Sicht der Vorbereitenden des diesjährigen Kongresses - zum einen an den sich rasant zuspitzenden und in zunehmenden Maße gewaltförmigen Verhältnissen in der Welt. Zum anderen merken wir, dass es eines Abgleichs unserer persönlichen Lebensverhältnisse und unserer häufig als unzureichend empfundenen politischen Denkmuster und Auseinandersetzungsformen mit eben diesen Verhältnissen bedarf. Zugleich werden - für viele von uns überraschend - immer wieder neue Ansätze von Widerspruch und Auflehnung spürbar, auf die wir häufig nicht angemessen zu reagieren in der Lage sind.

Deshalb laden wir Euch ein, am diesjährigen Kongress für autonome Politik in Köln teilzunehmen, um gemeinsam Fragen zu stellen und uns auf die Suche nach - vorläufigen - Antworten zu machen. Es soll darum gehen, neue und mutmachende Perspektiven zur Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse, aber auch autonomer Politikansätze anzudenken und unsere Handlungsspielräume zu erweitern.

Wie schlagen vor, unsere Fragen anhand der folgenden Themenkomplexe zu entwickeln und zu diskutieren:

1. Momentane Zustände - Braucht autonome Politik Analyse?

2. Die Zustände in Bewegung bringen - Braucht autonome Politik Strategien?

3. Wir stehen dazu - Militanz

4. Mehr als nur zusehen - Die aktuellen Aufstände und die Frage der Solidarität

Als Handreichung - die wir keinesfalls als Setzung verstehen wollen - stellen wir einige Papiere und damit Thesen zur Verfügung, die aus den Diskussionen der Vorbereitenden entstanden sind, ohne dabei deren Konsens widerzuspiegeln. Diese sind in einem Reader zum Kongress zusammengefasst, den Ihr im Vorfeld des Kongresses in Infoläden, sozialen Zentren und ähnlichen Orten erhalten oder auf der Kongress-Seite online unter http://autonomepolitik.blogsport.de/ einsehen könnt. Die vorgestellten Papiere sollen zur Vorbereitung unserer gemeinsamen Suche dienen und uns den Einstieg in die gemeinsame Diskussion erleichtern.

Wir freuen uns auf Euch!

Zum Programm:

Freitag, 17.06.
Anreise und Vokü ab 18.00 Uhr
19.00 Uhr Auftaktveranstaltung

Samstag, 18.06.
10.00 - 19.00 Uhr(mit Pausen) Themenblöcke (I)
ab 20.00 Uhr Raum für eigene Veranstaltungen Projektvorstellungen
ab 22.00 Uhr Party

Sonntag, 19.06.
10.00h - 15.00 Uhr (mit Pausen) Themenblöcke (II)

Falls Ihr Übernachtungsmöglichkeiten braucht, könnt Ihr diese bei der Schlafplatzbörse <autonome-perspektive(ät)nadir.org> unter dem Betreff "Schlafen"anmelden.

Solltet Ihr eigene Beiträge zu den vorgestellten Themen haben, könnt Ihr diese bis zum 2. Juni unter dem Betreff "Beitrag" an <autonome-perspektive(ät)nadir.org> senden.

Und falls Ihr über die vorgeschlagenen Themen hinausgehende Vorschläge und Projekte habt, die Ihr auf dem Kongress vorstellen wollt, bitten wir Euch, uns schon im Vorfeld unter obiger Mailadresse zu kontaktieren, damit wir Zeit haben, diese mit dem Programm und den Räumlichkeiten zu koordinieren.


http://autonomepolitik.blogsport.de/



AZ Köln bleibt!

Nach fünftägigem Ausnahmezustand in und rund um Köln-Kalk scheint der nervenaufreibende Schwebezustand beendet zu sein. Der provisorische Nutzungsvertrag ist unterschrieben, und vorerst bis zum 30.09.11 kann Köln von sich behaupten: "Kein Tag ohne Autonomes Zentrum!".

Was war passiert? Die Besetzung der leer stehenden, ehemaligen KHD-Kantine (im Besitz einer Tochterfirma der Sparkasse) am 16. April 2010 diente damals als notwendige Maßnahme, einen unkommerziellen und selbstverwalteten Raum für Politik, Kunst und Kultur zu schaffen, wie es die "Kampagne für ein Autonomes Zentrum" (pyranha) forderte. Das AZ beherbergte seitdem zahlreiche politische Veranstaltungen, etliche Konzerte und Kunstausstellungen mit einer Anziehungskraft für Zigtausende Besucher_innen aus der ganzen Region.

Während dieser ganzen Zeit gab es aus dem AZ heraus den Versuch, über Verhandlungsanfragen in Richtung Sparkasse und Stadt Köln den Status der Besetzung zu verlassen. Immer wieder stießen die Aktivist_innen dabei auf taube Ohren und sture Köpfe; das Haus sei schließlich "illegal besetzt". Bisher konnten die Verhandlungsversuche nie auf gleicher Augenhöhe geführt werden.
Schon einmal gab es den Versuch, durch polizeiliches Auffahren dieses Gebäude zu räumen. Doch damals wie heute gelang es dem AZ, sämtliche Unterstützer_innen zu mobilisieren. Am vergangenen Dienstag musste die Polizei die Räumung verschieben, da sich Hunderte von Aktivist_innen in und am Haus befanden. Diese waren nicht untätig, sie sorgten für eine Infrastruktur und Barrikaden wurden errichtet, letztendlich konnte eine Räumung am Dienstag verhindert werden.

Seit dem Mittwoch fuhr die Polizei dann mit erhöhter Präsenz auf; Köln-Kalk wurde polizeilich abgeriegelt. Schweres Gerät wurde aufgefahren und der Zugang zum Haus wurde durch Absperrungen verhindert. Indes war ein Spiel zwischen Sparkasse, Stadt und Polizei zu beobachten. Niemand wollte so recht Verantwortung übernehmen und sich den schwarzen Peter der gewaltsamen Räumung zuschieben lassen.

Vom Morgen des Donnerstag an begann ein regelrechtes Psychospiel; die Besetzer_innen wurden stündlich neuen Ultimaten der Polizei ausgesetzt, frei nach dem Motto "Raus hier, sonst fangen wir in 'ner Stunde an". Zur gleichen Zeit fing die Sparkasse an Verhandlungen anzubieten, wenn das Gebäude verlassen wird. Im Rahmen des martialischen Aufgebots an schwerem Räumungsgerät und der unmittelbaren Vorbereitung der Polizei spitze sich die Situation immer weiter zu. Als der erste Räumungspanzer losfuhr, wurden die Besetzer_innen bei der Wahl zwischen verprügelt werden und raus schleifen lassen oder auf Verhandlungen einlassen - friss oder stirb eben - zum Verlassen des Gebäudes "genötigt".

Der Widerstand gegen ein AZ in Köln ist schließlich eingeknickt. Die aufgenommenen Verhandlungen liefen bisher zufrieden stellend und gewährleisten die weitere Existenz des Autonomen Zentrums. Ob die öffentliche Aufmerksamkeit und der Druck zu hoch wurde, ob dabei keiner der Player die Verantwortung der Räumung übernehmen wollte oder ob verschiedenste Akteure eine Radikalisierung der Szene in Köln und NRW fürchteten (der potentielle Räumung des AZ Köln wurde mit einer geplanten, offensiven Demo sowie zahlreichen Soli-Aktionen geantwortet) - was genau der Grund für einen erfolgreichen Nutzungsbeschluss war, ist nicht ganz klar - vermutlich eine Mischung aus vielen Gründen.

So oder so - das AZ bleibt. Und versprochen ist versprochen - Demo ist auf alle Fälle! In einem Jubelzug von der Domplatte zum AZ Köln wollen wir unseren Erfolg nach außen tragen. Dabei gönnen wir uns auch einen kleinen Umweg am Kölner Rathaus vorbei, um OB Jürgen Roters zu versichern, dass wir bis zum Herbst 2011 (Frist des Zwischennutzungsvertrages) ganz bestimmt nicht befriedet sind. Wir wollen ihm vermitteln, dass wir trotz oder gerade wegen der ganzen Sache nie und nimmer best friends sind oder jemals werden.

Auch wenn der Kapitalismus, in dem wir zu überleben gezwungen sind, noch nicht überwunden ist, dass Köln nach diesem erfolgreichen Kampf weiterhin das AZ erhalten bleibt, ist eine gebührende Demo und Feier wert!



DOKUMENTATIONEN:

"Aktion gegen die Stadtentwicklungsbehörde

In den letzten wochen nehmen die militanten interventionen gegen umstrukturierung/verdrängung öund für selbstorganierte projekte erfreulicherweise zu.
bagger auf der bnq baustelle gehen in flammen auf, das schanzenpark hotel stinkt mal wieder nach buttersäure und scheiben bei loftgebäuden, luxus sanierten altbauten, in-cafes, bullenwachen und banken gehen zu bruch.
in diesem zusammenhang haben wir die stadtentwicklungsbehörde mit farbe und steinen beworfen.
wir beziehen uns mit dieser aktion inhaltlich auf das anfang des jahres erschienene papier "we're not gonna take it ... anymore", denn aufwertung und die damit einhergehende vertreibung ist ein politisch gewollter prozess dessen verantwortliche angreifbar sind, denn vorschlag, unsere kräfte für eine gemeinsame aktionsreihe zu bündeln, finden wir unterstützenswert.
für einen sommer der langen nächte.
mietwahnsinn stoppen
leerstand besetzen
autonome projekte verteidigen

autome gruppen"

Die journalistischen Fähigkeiten des Abendblatts, das eigene Fotomaterial auszuwerten, scheinen begrenzt.: Zitat Abendblatt: "Nach ersten Ermittlungen handelt es sich bei dem Anschlagsziel allerdings um eine Verwechslung: Aus einer Bekenner-E-Mail, die bei der Tageszitung "taz" einging, geht hervor, dass die Täter mit dem Stein- und Farbanschlag gegen die Verdrängung von bezahlbaren Wohnungen zugunsten teurer Luxusimmobilien pratestieren wollten. Darin werden weitere Anschläge angekündigt. Adressat war eigentlich die Stadtentwiclungsbehörde, die sich in der Nachbarschaft der Wirtschaftsbehörde befindet."



"We not gonna take it anymore"

In Vorbereitung für die kommenden Kämpfe um die Flora, die Demo am 30.4. und einen heißen 1. Mai haben wir in der Nacht zum 21.4. zwei Transporter der Hamburger Reiterstaffel mit Grillanzünder in Brand gesetzt.
Weder Schlägerbullen, neue Wasserwerfer oder Reiterstaffel werden uns davon abhalten, unseren Widerstand rund um den 1. Mai auf die Straße zu tragen.
Staat, Kapital und Bullen bleiben angreifbar! Immer und überall.
Rote Flora bleibt!

Wendy und ihre autonomen Pferdefreund_innen



Interview zur libertär-kommunistischen Organisation "avtonom" aus Russland

Das folgende Interview mit Anton aus Moskau, der in "avtonom" organisiert ist, entstand im Rahmen eines Besuches von Antifaschist_innen aus Russland in Hamburg. Neben kleineren (Bezugs)Gruppen und Organisationen wie Anarchist Black Cross Moskau oder Direct Help ist Avtonom eine der größeren in Russland aktiven Organisationen.

B: Beschreibe doch bitte einmal, welche Ziele Eure Organisation verfolgt und in welchen Bereichen Eure Gruppen aktiv sind.
A: Unser Ziel ist es vor allem, eine neue Plattform der radikalen Linken und Anarcho-Kommunist_innen aufzubauen, denn in den 90er Jahren haben viele ältere Leute die Bewegung verlassen und somit brauchen wir etwas Neues.

B: Eure Organisation nennt sich libertär-kommunistisch, was für eine Bedeutung hat diese Ausrichtung für die Organisationsform?
A: Die Bolschewist_innen haben die Rolle des Staates in der Gesellschaft nicht verstanden, denn Lenin sagte der Staat sei ein reines Instrument aber in der Realität handelt es sich beim Staat um eine eigenständige Struktur. Dies ist einer der Gründe, warum die Ziele der kommunistischen Partei Russlands nicht angenommen wurden und für uns der libertäre Kommunismus eine neue Position darstellt. Für Leute, die nichts mit dieser Art von Politik zu tun haben klingt libertär wie liberal und sie denken dies sei das Gleiche. Für uns ist dieses Mißverständnis aber keinGrund, auf die Bezeichnung libertär zu verzichten.

B: An was für Projekten und Kampagnen arbeitet ihr gerade konkret in Euren Gruppen und in der Gesamtorganisation?
A: Zu den regionalen Gruppen möchte ich zwei Beispiele anführen. Zum einen gibt es eine Kampagne zur Freilassung von Andrey Kutuzov in Moskau und eine zweite zu den Geiseln von Khimki. In Ufa gibt es eine regionale Kampagne gegen den Bau von illegalen Gebäuden durch den Staat und eine Zusammenarbeit mit Mieter_innen für deren Rechte. Die Gesamtorganisation in ganz Russland rief dieses Jahr zu einem Deserteur-Festival gegen den Militärdienst auf, das in verschiedenen Städten durchgeführt wurde.

B: Was für Medien benutzt ihr für Eure Öffentlichkeitsarbeit?
A: Wir haben eine Webseite, die www.avtonom.org lautet und eine Zeitung mit Namen "Situatia" (Situation) sowie ein Journal mit Namen "Avtonom".

B: Was tut ihr sonst noch, um in Kontakt mit anderen Menschen zu kommen, gibt es spezielle Aktionsformen, die besonders auf Öffentlichkeitsarbeit abzielen?
A: Am Wichtigsten für die Öffentlichkeitsarbeit sind direkte öffentliche Aktionen und öffentliche Feiern. Letztes Jahr fand auch ein zweites Libertäres Forum in Moskau statt.

B: Ok, und was für eine Rolle spielt das Zeitungsprojekt "Avtonom" in Eurer Organisation?
A: Es ist ziemlich populär in der linken Jugendszene. Es kann nicht gesagt werden, dass es das Forum der Organisation ist, denn es wird nur von einem Teil von uns erstellt. Ich bin nicht Teil dieser Gruppe, aber von dem Zeitungsprojekt "Situatia". Wir erstellen gerade eine Sonderausgabe, die nur eine Seite lang ist zu konkreten Ereignissen und Aktionen und somit sehr schnell und einfach herzustellen ist.

B: Wo werden Eure Zeitungen denn verteilt? Wo gibt es die Möglichkeit, Eure Zeitung zu bekommen?
A: Die Sonderausgabe, die eher ein Flyer ist, wird kostenlos verteilt, die normale Ausgabe hat 8 Seiten und kostet 8 Rubel. Die Zeitungen werden von den lokalen Gruppen angefordert und per Post verschickt. Der Hauptteil der Leser_innen ist unter 30 Jahre alt. Es werden etwa 2000 Exemplare gedruckt, bei der Sonderausgabe, die wir als pdf auf die Webseite gestellt haben ist es unklar, wieviele es davon gibt, weil sie selbst ausgedruckt und verteilt werden. Aber grundsätzlich muss schon gesagt werden, dass die einfache Bevölkerung nicht in Kontakt mit dieser Zeitung kommt, also sie eher von denen gelesen wird, die ohnehin Interesse an solchen Themen haben.

B: Ihr nutzt auch Twitter und Facebook für die Organisation, ist das nicht widersprüchlich, dass die Mensch ihr Interesse veröffentlichen und dann Repression erfahren könnten? Oder gibt es viele Menschen, die daran interessiert sind und das Profil von Avtonom nutzen?
A: Ja, wir nutzen Beides, aber vor allem nutzen wir das russische Gegenstück zu Facebook, das soziale Netzwerk kontakti.ru. Ich kann wenig dazu sagen, ob uns dies hilft oder nicht, weil ich nicht damit arbeite und diese Dinge nicht benutze. Die meisten unserer Mitglieder bekommen über die Webseite Kontakt zu uns. Es gibt etwa eine Nachricht pro Woche von einer Person, die Mitglied in unserer Organisation werden möchte.

B: Danke für das Interview

Das russischsprachige Journal "Avtonom" ist im Infoladen Schwarzmarkt erhältlich. Mehr Informationen zu linksradikaler und anarchistischer Politik in Russland gibt es unter:
www.avtonom.org sowie
www.a3yo.noblogs.org

Liebe Leser_innen,
diese Artikel ist uns zugesendet worden. Um nicht noch mehr Verwirrung zu stiften als bereits existiert, sei hier noch mal darauf hingewiesen dass die Nazikundgebung in Bremen auf den 30.4. ab 11 Uhr verlegt wurde.

"Den Menschen soll es dufte gehen"
oder revolutionärer Tanz in den Mai, Bremen 2011

1999, 2006, 2011

Am 1.Mai ist es mal wieder so weit. Die Faschos wollen unter dem Motto "X" auflaufen - lauthals sollen die Straßen zu Verstärkern rassisitischer Hasstiraden umfunktioniert werden.

In dieser dunkelbraunen NPD Instant-Brühe vermengen sich stumpfe, aber dennoch gesellschaftlich einschneidende Islamophobien, Stichwort Großmoschee Bremerhaven, eine ekelhafte Ironie der Geschichte und nicht zuletzt die demokratischen Rechte parlamentarischer Selbstinszenierung für die nächsten Bürgerschaftswahlen. Der "nationale Widerstand" schleicht nicht nur unter gesetzlicher Legalität, sondern marschiert gleichschrittverliebt in die bürgerliche Mitte, sicherlich treffen wir ihn noch nicht beim sonntäglichen Mittag, doch im Schutze einer halb-öffentlichen Kneipenrunde ist er kein Unbekannter.

Vermehrte Nazi-Aktivität in den letzten Jahren marschiert Schulter an Schulter mit einem zunehmend reaktionären Gesellschaftsdiskurs, geschichtsrevisionistische Exkremente einer "geläuterten Nation".

Uns macht dieses "Ja, da ist ja aber schon was dran" nicht weniger Angst, als es uns Anlass ist, den Faschismus in seiner gesamten Breite anzugreifen, samt seinen Mikrofaschismen, die fern ab sind von einem "rechtsextremistischen" Spektrum.

Wurzeln laufen unterhalb der Erde und sind nicht immer sichtbar.

In Bewegung bleiben

Doch sehen wir ebenfalls die Blüten des antifaschistischen Widerstands, zwar hin und wieder ein wenig welk, aber nicht minder existent. Dresden und Berlin gelten wohl als die bekanntesten -glücklicherweise nicht einzigen- Beispiele, sich der menschenverachtenden Kackscheisse entschlossen entgegenzustellen.

Doch bei aller Freude über erfolgreiche Blockaden, sind unsere Augen nicht bereit die kleinen oder großen Unterschiede im praktischen Antifaschismus wegzublintzeln. Denn in der Bugwelle eines linksradikalen Ansatzes, schwimmen vermehrt regionalpatriotische, bürgerliche Ansätze ala "Erinnern und Handeln für mein Dresden" und ein zusätzlich rückenwindbehafteter, aggressiv separatitischer Diskurs, der mittels einer hirntoten, hufeisentheoretisch begründeter Gleichsetzung linker und rechter "Gewalt" linke Ideen entpolitisierend torpediert.

Es ist fern ab unserer Intention als voreilige Reaktion auf solche Ereignisse, das Einlaufen in den sicheren Hafen der szenebehafteten Einnischung zu propagieren. Denn neben dem, das wir überhaupt nichts propagieren wollen, halten wir es für falsch, Kontakt in pluralistischen Bündnissen pauschal zu meiden. Vielmehr finden wir es wichtig und vielleicht als Kompass dienlich, gerade in Zeiten Diskreditierung linker Alternativen, einen radikalen Dis-Kurs öffentlich zu setzen. Auch auf Kosten, dass der -bürgerliche- Wunsch einer ungeteilten, einheitlichen Widerstandsflotte auf Grund läuft.

Denn warum sollten wir künstlich Differenzen negieren und damit Gedanken universalistischem Denken und Handelns das Steuer überlassen? Uns fallen da nicht ganz so viele Argumente ein, ehrlich gesagt, keine und außerdem warum sollten wir überhaupt wem das Steuer überlassen?

Wir sehen einen Lösungsansatz für große Bündnisse in einem solidarischem Verhalten, das geprägt ist von Horizontalität und gegenseitiger Bezugnahme und keinen hegemonialen Phantasien. Doch zugleich nicht in einer konstruierten Blase der Kritiklosigkeit schwimmt und dadurch letztendlich hoffnungslos ertrinkt, aber ebenso wenig vorschnell in die rettenden Boote des Distanzierens springt.

In komplementärer Ergänzung dazu, gleichzeitig eine intensive szeneinterne -was auch immer das heißen mag- Vernetzung und Stärkung der "eigenen" Strukturen voranzutreiben. Ohne die mahnende Peitsche des moralisierenden Impetus zu schwingen, glauben wir, ist es an sich ja auch eine schönere Sache, mit GenossInnen an den eigenen Wünschen, Hoffnungen und Utopien eines besseren Lebens zu schmieden. Doch ohne dabei ausschließlich die kleine Privatschmiede des autonomen Glücks zu verbarrikadieren...

Was tun

Doch was hatte das jetzt nochmal mit Faschos und Bremen zu tun, wo ist der schwarz-rote Leit-faden?

Für einen sozialrevolutionären Ansatz -für den wir uns im laufe dieses Pamphlets stark machen wollen- bedeutet dies unserer Meinung nach, sich nicht mit den sozialen Krümmeln eines allzu leicht von Lippen gehenden "Nazis raus" abspeisen zu lassen. Ja, wir wollen immer noch die verdammte ganze Bäckerei!

Daher kann es für uns am 1.Mai nicht nur darum gehen, aktiv Faschos mit allen Mitteln zu bekämpfen, sondern den Rahmen zu schreddern, der es überhaupt erst ermöglicht ein Bild von einem polizeilich kondomierten und damit staatlich legitimierten Wahnsinn an die vermoderte Wand des parlamentarischen Kapitalismus zu hängen.

Zeit den ganzen alten Scheiss der Laier des staatlich demokratischen Ideals mal abzuhängen und neu einzurichten, natürlich selbstbestimmt und umsonst.

Konsequenterweise müssen wir dann wohl diese lästige und irgendwie auch nur für nen Teilbereich funktionierende "Anti-Nazi"-Brille beiseite legen und uns dann nochmal von neuem umschauen. Ach und siehe, wie viele Feindbilder da überall rumlaufen, wo wollen wir denn da nur anfangen? Wo ist meine Brille....

Vielleicht ist ja eine Möglichtkeit direkt bei dem ganzen Zirkus um die Bremer Bürgerschaftswahl am 22. Mai mal anzusetzen,

denn die Käfige der staatlichen Demokratie und des Faschismus stehen ziemlich dicht beieinander, oder aber es ist auch nur ein großer Käfig, aber auf jedenfall ist es ein Hebel, die Manege ein wenig zu verändern. Wir hoffen auf viele kreative Zugaben!

Staat, Parteien, Ämter und wie diese ganzen falschen Propheten der Fremdbestimmung auch immer heißen mögen, lasst uns sie gemeinsam antiquirieren, als Relikte einer Zeit der Knechtung und Unterdrückung.

Nun, leider lassen sich aber sehr wenige von den verantwortlichen Institutionen, Gruppen und Individuen freiwillig für den Zoo der Geschichte ausstopfen.

Ja, vorbei jetzt mit Revolution oder wie?

Wenn wir mit sozialer Revolution teetrinkende Petitionsorgien verbinden, dann ja, sicherlich, aber wenn wir mit sozialer Revolution immer noch den Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse für ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben verbinden, dann ist nichts vorbei, sondern alles beginnt.

Alles beginnt im Status Quo, der immer noch eine tristesse

Malerei ist und probiert, den Stoff des sozialen Krieges mit Wasserfarben zu überdecken. Zeit, dass wir die Pinsel in die Hand nehmen und ein, nein viele andere Bilder der sozialen Verhältnisse malen. Bilder, die die gegenwärtigen, systematischen Strukturen von Unterdrückungen, Ausbeutungen und Diskriminierungen zeigen, aber hier nicht halt machen, sondern den lähmenden Punkt reiner Kritik überlaufen und fähig sind, unsere Wünsche, Freude und Hoffnungen auszudrücken.

Doch die TürsteherInnen der Verhältnisse sind nicht nur immer die anderen, auch wir leben in diesen Verhältnissen und tragen zur Reproduktion jener bei.

Lasst uns diese Produktionsmaschine sabotieren und einfach etwas anderes herstellen, etwas, das sich nicht die sirenische Kutte einer "natürlichen Ordnung" überstülpt. Einer Ordnung, die so natürlich ist wie versenkter Atommüll im Meer. Und dennoch es funktioniert, weil "wir" leider funktionieren. Warum sollten wir das Spiel nicht nach anderen Regeln spielen, nach unseren Regeln und somit die Regeln zurükweisen, von denen mensch uns glauben machen will, sie seien ja für alle verbindlich und für alle gleich. Hahaha; Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit, das ist der alte, verkantete Witz, der noch immer probiert, in das rundliche Loch staatlicher Demokratie gepresst zu werden.

Wir mögen Witze, aber gut sollten sie schon sein, deshalb erzählen wir auch noch einen. Im Spätkapitalismus gibt es keinen Klassenkampf mehr, weil ja alle die gleichen Chancen haben. Hmm, irgendwie weniger lustig als zynisch.

Solange es ein Oben gegen Unten gibt, sind wir weder gleich noch haben wir alle die gleichen Chancen. Ganz egal wie menschlich und friedverliebt die Verhältnisse probieren sich zu kosmetisieren, sie sind eine effektivierte, nicht weniger gewaltsame Maske des Klassenkampfes.

Dieses gilt es weiterhin sicht- und angreifbar zu machen.

Wir möchten uns nicht dem naiven, adrenalisierten Gedanken hingeben, dass bereits eine handvoll militanter Aktionen ausreicht, um soziale Kräfteverhältnisse zu verschieben. Denn klandestines Nachtleben allein verändert nicht die knöchernden Bewusstseins- und Verhaltensstrukturen des Alltags. Allerdings in vollwertiger Ergänzung mit einer Prise -darf ruhig großzügig dosiert werden- militantem Agieren im Alltag, im Verhältnis zu Ämtern, Chefs Lohnarbeit, aber genauso auch GenossInnen und FreundInnen, nähern wir uns "der Sache".

Sich nähern...

Wir sehen in Utopien weniger die Aufgabe, auf Regalen in einem fast vergessenem Hinterzimmer der Stadtbibliothek zu verstauben, als vielmehr sie als Inspirationen für die alltäglichen Kämpfe zu entstauben.

Mal so richtig gemeinsam putzen, staubwischen und so weiter. Und da lästige Aufräumarbeiten kollektiv leichter von der Hand gehen und gleichzeitig mehr Freude bereiten, hat sich in Bremen ein linksradikales Bündnis unter dem Motto "Den Menschen soll es dufte gehen - für soziale Revolution" zusammengefunden.

Ziel des Bündnisses ist es, neben dem Faschoproblem auch die anderen sozialen Missstände nicht auszuklammern, sondern in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext zu stellen. Das Bündnis sieht die Gefahr, dass solche Positionen am 1.Mai ins Abseits zu geraten drohen. Deshalb ist es von Nöten, sich Räume für militante Positionierungen zu verschaffen. Eine Möglichkeit sieht das Bündnis in einem revolutionären Tanz in den Mai mit einer unangemeldeten Vorabend-Demo, die sowohl über reine Anti-Nazi-Politik, als auch einen großbürgerlichen Konsens hinausgehen soll.

If We can't dance to it, it's not our revolution

Ausgehend von diesen Gedanken zu einer Vorabend-Demo, schlagen wir vor, sich der Auf-teilung des Raumes mit einer sozialrevolutionären Perspektive vermehrt zu widmen und damit die Verhältnisse mit einem freundlich unversönlichem "Bambule!" zum Tanz zu bitten.

Die Auf-teilung und damit einhergehend die Zuweisung von Raum und Räumen, ist eines der Lebenselixiere einer kapitalistisch autoritären Gesellschaftsordnung. Alles wird kartographiert, alles, und noch die kleinste Nische wird durchreguliert und einer gesellschaftlichen Funktion zugewiesen. Freiräume werden nicht zuletzt durch ihre subversive Uneinbambudeutigkeit, ihrer unklaren Auf-teilung mit staatsterroristischer Repression bearbeitet. Momentan populär und doch nur ein Symptom unter vielen, die Extremismusklausel.

Gentrifizierungsprozesse, Sondergefahrenzonen, Bullen mit MPs im Bahnhof, sie alle finden ihre diskurssetzenden Fluchtlinien in einer, wenn wir genau hinhören, trampelnd schleichenden Militarisierung des Inneren und damit einer militarisierten Raum-Ordnungs-Politik, die weit mehr, als nur staatliche Organe und Extremitäten mit einschließt.

Sicherlich nicht subtil, aber dennoch leider normalisiert, die zahlreichen Sicherheitsmilizen, die mit ihren Dienstleistungsheucheleien den öffentlichen Raum kolonialisieren, profitabel strukturieren und Stück für Stück eine scheinbar unüberwindbare, gewaltsam verteidigte Mauer eines ausbeutenden Reichtumsystems errichten. Grenzen und Mauern sind ein Medium wie Wasser und haben weder ein festes Erscheinungsbild noch einen eindeutigen Ort. Sie hängen vielmehr von ihrem Umfeld ab, wobei ihre Funktionen sich erschreckend gleichen. Sie sind gewaltsame Herrschaftstechniken, die sowohl im neoliberalen Schleier der verflachten Hierarchien, als auch in der eindeutig rassistisch tödlichen Kampfmontur Modell Frontex, die roten Teppiche des Sachzwanges und der Alternativlosigkeit ungestört auf und ab stolzieren. Egal ob es Grenzziehungen an Europas Außengebieten sind, die Flüchtlingen einen Raum zuweisen, oder innerstädtische Grenzen, die durch katapultierende Mietsteigerungen, soziale Fragen durch das Diktat kapitalistischer Logik beantworten, bleibt es dabei, Grenzen einreißen!

No border, no nation

Unübersehbare Risse im Fundament sozi-

aler Konsensfabrikation, die metastasierend im ganzen sozialen Körper meutern. Wir gewinnen Freude und Stärke an sich virulent ausbreitenden Gedanken und Handlungen, die die Dissense offenlegen und nicht amtlich beerdigen. In Bremen werden viele solcher Gräber ausgehoben und in pietätsloser Stille wieder verschüttet. Leiche Nr. 1, der Business Improvement District modernd im "Bremer Viertel". Gesellschaftlich stigmatisierte Gruppen wie "junkies" oder "sozial schwache" -eine zu wunderbar exemplarische Gleichsetzung von Reichtum und sozialem Verhalten, um sie nicht hervorzuheben- werden gezielt verdrängt, das Label Alternativ wird bis zum Erbrechen mit der heißen Luft der spiralisierten Kommerzialisierung aufgeblasen und am Ziegenmarkt soll als Pilotprojekt eine neue Yuppi-Hochburg, 26 Wohnungen hoch und breit in die Skyline erektionieren. Mitspracherechte? Keine koventionellen, denn Stadtumstrukturierung wird durch den einstimmigen Kanon von Kapitalbesitz und immanenter parlamentarischer Dysfunktion choreographiert.

Die Todgeburt "Innenstadtentwicklung 2020", Leiche Nr. 2.

InvestorInnen und PolitikerInnen überraschenderweise mal wieder im Einvernehmen - die Innenstadt muss aufgewertet werden!

Die Verdrängung von Menschen wird mit einem zynisch gelangweiltem "dann müssen Menschen halt umziehen" absolutiert. Wie sollte auch sonst der kernlose Innenstadtkern mit seinem ausgetrocknetem Fruchtfleisch der Flaniermeile Schlachte gewinnbringend verbunden werden?

Wenn mensch sich auf den verfaulten Köder dieser Frage einläßt, dann gibt es sicherlich nicht viele andere Wies, aber wenn wir die Fragestellung an sich für falsch zurückweisen, weil sie nur durch kapitalistische Verwertungslogik beantwortbar ist und damit nur einigen wenigen hilft, dann ja, ja dann, was ist eigentlich dann, wenn der öffentliche Raum ganz anders besetzt wird?

Vielleicht schreiten wir dann fragend voran, fragend und suchend; wie können wir gemeinsam eine Stadt für Alle* realisieren und leben.

Dass diese Gedanken die Säulen parlamentarischer Fremdbestimmung demontieren, überrascht uns nicht weniger, als das es uns erfreut.
Diese Säulen standen in den vergangenen Jahrzehnten relativ sicher. Zwar nicht unverändert, so wurden beispielsweise die partiellen Sprengkräfte der Neuen Sozialen Bewegungen staatlich kanalisiert und einverleibt, oder die nimmersatten Repressionsapparate mit baumeisterlicher, gesetzesgebender Kunst in das Mauerwerk integriert. Doch die gleichzeitig fortschreitende Implosion des Wohlfahrtstaats, nur ein Beispiel die Verabschiedung des krassesten Sparpakets in der Geschichte der BRD, eine soziale Kriegserklärung aus dem Bundestagsbunker, bunt verpackt im schwarz-rot-goldenem Trauma der Männer Fußball-WM, säat nicht nur treunickende Zustimmung, sondern auch geballten Zorn.

Doch was sagt mensch, wenn die ausgehöhlten Politikphrasen zu steigender, gesellschaftlicher Prekarisierung und Verdrängung, eine zu hohe Zirkulationsgeschwindigkeit erreichen und mit ihr, ihren offentsichtlichen Charakter? Antwort, das gleiche wie immer, nur mit mehr Bullen.

Der Bremer Senat diskutiert die Neueinstellung von über 450 PolizistInnen, die dann sowohl in der bad, als auch gerade in der good cop Ausprägung für die Ordnung und Auf-teilung des öffentlichen Raumes "sorgen" - muss ja alles seinen zugewiesenen Platz haben und einhalten. Die Krise lässt sich nicht zuletzt statistisch durch die Anzahl der Jung-Bullen auf den Weiden treffend beziffern.

Bulls eye

Wenn es uns ernst ist, mit dem Wunsch nach einem besseren Leben, dann muss es uns auch ernst sein, in die autoritären Ordnungsprinzipien spätkapitalistischer Gesellschaften aktiv einzugreifen. Oder wie es poetisiert in aktueller, poprevolutionärer Belletristik heißt: "Es wurde Zeit, dass das Fick die Polizei! das, Ja Herr Wachtmeister! ablöst." Denn solange eine Institution den uneingeschränkten Segen staatlicher Gewaltmonopolität inne hat, kann es weder zu einer emanzipatorischen Aneignung bestehender, aber eingezäunter Räume, noch zur Auflösung elementar kapitalistischer Ungleichheiten von Herrschende gegen Beherrschte, kommen.

Just because we can dance to it, it's not a revolution

Als Aktionsformen möchten wir keinerlei Vorgaben machen. Wir denken an alles, das sich den gesellschaftlichen Herrschaftstechniken widersetzt und ihr manisches Kontrollradar unterwandert. Als Anregung möchten wir dennoch sinngemäß auf eine Formulierung aus einem Diskussionspapier hinweisen, was bringt Militanz, die zwar politisch richtig ist, aber sozial in der Luft hängt; Stichwort Vermittlung.

Neben diesem kollektiv zu gestaltendem Spielfeld der Vorabend-Demo, möchten wir zusätzlich eine militante, dezentralisierte Vorfeld-Kampagne anregen.

Wir wünschen uns die Schaffung von subversiven Räumen der Unkontrollierbarkeit und der Unvorhersagbarkeit im toten Winkel einer staatlichen Überwachungsgesellschaft. Viele kleine und doch verbundene Glutnester aufständischem Lebens.

Als Verbindungsstück schlagen wir ein gemeinsames Label vor - "Den Menschen soll es dufte gehen - für soziale Revolution"

Bereitet euch vor, achtet auf euch

Nie wieder Krieg - Nie wieder Faschismus

nebel und rauschen

Achja, 30.04.2011, 20 Uhr, Linie 1 und 8, Haltestelle Hochschule Bremen

Zensus2011

wenn jemand Deine Wäsche durchwühlt und auch noch Deine Hilfe erwartet ...
"Zensus 2011" bezeichnet die erste allgemeine Volkszählung in der BRD seit über 20 Jahren. Parallel dazu wird ein komplettes Register aller Grundstücke und Wohnungen, durch postalische Befragung aller EigentümerInnen und VerwalterInnen, aufgebaut. Vorgabe ist eine Richtlinie der EU, an der die BRD entscheidend mitgewirkt hat - der Zensus in Deutschland geht allerdings über diese Richtline noch deutlich hinaus. Erfasst werden soll die gesamte Bevölkerung der Bundesrepublik, in die Erhebungen gehen nicht nur dem Staat bereits bekannte Informationen aus Meldeämtern und Behörden ein, die anschliessend in einer Datenbank zusammengeführt werden, sondern darüber hinaus auch Informationen weit persönlicher Natur wie z.B. über die Migrationsgeschichte und Religionszugehörigkeit. Mit den Ergebnissen der Auswertungen dieser Informationen liegt dem Staat ein umfangreicher Datensatz vor, von dem behauptet wird, eine bessere Planung staatlichen Handelns zu ermöglichen, der aber vor allem eine weitgehende Kontrolle der Menschen ermöglicht.

Die letzte direkte Volkszählung in der BRD wurde in den 80er Jahren durchgeführt. Dagegen gab es breiten Protest; viele Menschen wollten sich nicht vor dem Staat entblößen und organisierten den Widerstand gegen die Erhebung ihrer Daten. Am 15.12.1983 erklärte das Bundesverfassungsgericht in seinem Volkszählungsurteil einige Punkte des dazugehörigen Gesetzes als verfassungswidrig und formulierte das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Aber auch im zweiten Anlauf 1987 verweigerten z.B. in Hamburg 13% der Befragten die Antwort. Das war dann auch der bislang letzte Versuch einer Volkszählung.

Einige Details zum Zensus 2011

Aus dem Desaster der Volkszählung haben die StatistikerInnen aber gelernt: Der Zensus ist primär eine Datenbankzusammenführung ohne Einspruchsmöglichkeit derer, deren Daten da "zusammengeführt" werden. Gleichzeitig ist es aber auch die erste Abgleich dieser Art und die StatistikerInnen misstrauen ihren Zahlen. Deshalb wird nochmal intensiv nachgefragt - bei WohnungsinhaberInnen und Bevölkerung.

Das Interesse gilt den persönlichen Lebens- und Wohnungssituationen: Familienstand, Bildungsniveau, Arbeitgeber (natürlich mit Adresse), Arbeitsverhältnis, Migrationshintergrund, Religionszugehörigkeit - und schließlich sogar der Telefonnummer. WohnungsbesitzerInnen sollen Auskunft erteilen über Wohnungsausstattung, Anzahl der BewohnerInnen und von bis zu zwei von ihnen auch die Namen. Dazu kommt eine 100% Sondererfassung aller "Sonderbereiche": Krankenhäuser, Altersheime, Haftanstalten, Obdachlosenheime. Ist eine Person nicht in der Lage über sich selbst Auskunft zu geben, dann sind Mitbewohner, Aufsichtspersonal, Erziehungsberechtigte verpflichtet, diese Auskunft zu geben. VolkszählerInnen in freier Wildbahn sind aufgefordert NachbarInnen zur Denunziation anzuhalten.

Die Auswahl der "bis zu 10%" Auskunftspflichtiger soll adressenweise per Zufall erfolgen. Befragt wird dann jeweils der gesamte Haushalt. Die ZählerInnen werden angeworben und, wenn das nicht reicht, zwangsrekrutiert. Sollte es Unstimmigkeiten zwischen den gegebenen Antworten und den Daten der Behörden geben, dann kommt die ZählerIn wieder...

Allen Personen und allen Datensätzen wird nach Verlautbarung für den Zeitraum von 4 Jahren eine Ordnungsziffer zugewiesen, die eine nachträgliche Deanonymisierung erlaubt. Unklar ist bislang, wer wie Einsicht in die Daten bei den Statistischen Ämtern bekommen kann.

Die Fragebögen an die WohnungseigentümerInnen sind bereits versendet - für die Personenzählung ist Stichtag der 9. Mai 2011. Ab diesem Zeitpunkt beginnt auch die Befragung durch die VolkszählerInnen.

Warum wir dagegen sind

Die Gründe sich dem Zensus zu widersetzen sind vielfältig. Mit der Totalerhebung wird ein weiterer Schritt in Richtung Kontroll- und Überwachungsstaat getan. Das was dem Staat bisher über die Menschen, die in ihm leben, bekannt ist, soll erneut überprüft, ergänzt und berichtigt werden. Am Ende kommt dabei ein umfassender Datensatz heraus. Dabei wird auch das Recht auf informationelle Selbstbestimmung missachtet. Die Daten werden Großteils hinter dem Rücken der Menschen erfasst und eine Option zur Verweigerung der Angabe von Informationen gibt es nicht.

Dies führt zu einem Datensupermarkt bei dem mit technokratische Gigantomanie die Bevölkerung auf einen Brei Datensätze reduziert wird. Es wird ein "Datenschatz" aufgebaut, der schon fast notwendigerweise zu Begehrlichkeiten führt. Dass BehördenmitarbeiterInnen und AmtstägerInnen Laptops in Taxi und Bahn "verlieren", ist kein neues Phänomen, dass selbst Schweizer Banken ihre Kundendaten nicht geheim halten können, schafft ein mulmiges Gefühl bezüglich der Sicherheit bei den Statistischen Ämtern.
Obwohl Daten zu Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel, fehlenden Kitaplätzen, usw. bekannt sind, passiert nichts - warum sollte sich durch die Volkszählung etwas ändern. Gesellschaftliche Missstände werden nicht durch fehlende Daten hervorgerufen, sondern sind zwingende Erscheinungen der kapitalistischen Verwertungsinteressen.

Warum gibt es keine freiwillige Erhebung, warum ist diese nicht anonymisiert? Hinter dem Zensus verbirgt sich ein Gewaltverhältnis zwischen denjenigen, die zählen und denjenigen denen durch die Zählung der Objektstatus zugeschrieben wird - in diesem Szenario gibt es keine Freiwilligkeit. Auf der einen Seiten stehen diejenigen, die das Datenmaterial in Wert setzen wollen, die sich vom Herrschaftswissen Vorteile bei Kontrolle und Absicherung der Verhältnisse versprechen. Den anderen werden die Daten demnächst als Totschlagsargument um die Ohren gehauen - warum Beteiligung und Mitsprache, wenn doch eh schon alles bekannt scheint.
Es ist ein technokratisches Gesellschaftsverständnis, welches hinter dem Zensus steht, welches dem lebendigen Sozialen distanziert bis feindlich gegenübersteht, welches in einer Nichtteilnahme nur sabotierende Subjektivität erkennen kann. Für die hat sie nur die Antwort "Zwangs- und Bußgeld" parat.

Der technokratische Gesellschaftsentwurf der BefürworterInnen ist nicht unser. Es ist die Arroganz der Macht, die uns zur Auskunft zwingt, um damit ihre Vision der gesellschaftliche Verhältnisse festzuschreiben.

Hier liegt auch der Unterschied zu dem Daten-Striptease, welcher auf Webplattformen wie Facebook zu beobachten ist: Die Angabe der Daten erfolgt dort freiwillig, wenn auch vielleicht mit einer fundamantalen Unkenntnis darüber, was dann mit den Daten passiert. Würde Facebook mit

Zwangsgeld drohen, hätte Facebook vermutlich keine einzige NutzerIn.

Wir wollen nicht darüber spekulieren, welche Folgen der Zensus in einzelnen Bereichen haben wird. Der Umfang allein reicht. Verdächtig ist es jedoch, wenn von "Optimierung von Verwaltung und Planung" geredet wird. "Optimierung" kennt man beispielsweise aus betriebswirtschaftlichen Abläufen, wo eine solche "Optimierung" in der Regel dazu führt, das weniger Leute mehr Arbeit verrichten. "Optimierung" oder "Effizienzsteigerung" alleine ist immer nur die halbe Wahrheit - genannt werden müsste auch die Zielvorgabe, aber dazu ist kein einziges Wort zu vernehmen.

Was tun
Wie schon in den 80ern gilt heute: "Unsere Daten gehören uns"!

So wie der Zensus angelegt ist, soll er still und heimlich hinter dem Rücken der Gezählten ablaufen - diese Ruhe ist aber überhaupt nicht angebracht. Lärm schlagen und Aufmerksamkeit schaffen ist also der erste Schritt.

Angesichts des Umfangs der Erfassung kommt nur ein breiter Widerstand gegen den Zensus 2011 in Frage. Da die praktische Ausführung des Zensus kommunal organisiert wird, ist es sinnvoll zunächst auch den Widerstand auf dieser Ebene zu organisieren. Sucht also bei euch Vorort nach BündnispartnerInnen und werdet zusammen aktiv.

Der Begriff "Zensus" soll verschleiern, dass sich prinzipiell (wenn auch nicht im Detail) das wiederholt, was 1983/87 eine breite Welle von Empörung und Widerstand erzeugt hat. Es ist legitim von einer "Volkszählung 2011" zu sprechen und sich nicht auf das Versteckspiel mit Begriffen einzulassen.

Aktive Nichtteilnahme ist angesagt, Denunziation keine Option, den ZählerInnen wird nicht geholfen, aber immer daran denken, dass die das evtl. nicht freiwillig machen. Bildet solidarische Strukturen, die diejenigen unterstützen, die von Zwangs-, Bußgeld oder andersartiger Repression betroffen sind. Niemand darf alleine im Regen stehen.

unfassbar

zensus11.nadir.org



Und dann war da noch: Bullenwache in Volksdorf mit Farbe verziert.

Stellungnahme zu Razzien in Sachsen und Südbrandenburg

Medienberichten zu Folge kam es in den frühen Morgenstunden des 12.04.11 zu mehreren Hausdurchsuchungen in Sachsen und Südbrandenburg. Wie der MDR mitteilte, handelt es sich bei den Betroffenen um Menschen aus dem linken Spektrum. Das Libertäre Netzwerk Dresden verurteilt diese Maßnahme, die sich in eine ganze Reihe juristischer, repressiver Angriffe und Einschüchterungsversuche gegen linke Strukturen in Sachsen einreiht.

Heute Morgen wurden 20 Wohnungen und Geschäftsräume in Senftenberg, Dresden, Finsterwalde, Machern, Leipzig, Grimma und Niesky durchsucht. Als Grund für die Durchsuchungen werden von Seiten der Polizei mehrere angebliche Angriffe auf Neonazis und der Verdacht auf die Bildung einer kriminellen Vereinigung angegeben.

Der seit wenigen Tagen amtierende Chef des sächsischen LKA Jörg Michaelis hatte zuvor angekündigt "linksmotivierte Kriminalität" als neuen Arbeitsschwerpunkt für die nächsten Monate zu setzen. Damit wird die Kampagne von sächsischen Repressionsorganen und Konservativen der letzten Monate konsequent weiter verfolgt; Seit geraumer Zeit sind CDU und Verfassungsschutz darum bemüht, mit der unwissenschaftlichen Extremismustheorie links- und rechtsradikale Weltbilder auf eine Stufe zu stellen.

Auch praktisch hatte sich die neue Offensive gegen linkes und anarchistisches Gedankengut bereits im Dezember durch die Einleitung einer ganzen Reihe von Verfahren u.a. gegen Freiraumaktivist*innen und am 19. Februar durch die Erstürmung und Durchsuchung des "Haus der Begegnung" in Dresden, sowie des Jugendvereines "Roter Baum" e.V. bemerkbar gemacht. Letzterer war zu diesem Zeitpunkt Sitz eines Sanitätsdienstes. Durch das Vorgehen im Roten Baum zeigte die Polizei, dass sie im "Kampf gegen Links" auch vor Misshandlungen nicht halt macht.1 Die Beamt*innen müssen dabei selten Folgen fürchten. Recherchen von Amnesty International haben ergeben, dass die Ermittlungen in Fällen polizeilicher Misshandlung nicht den Grundsätzen entsprechen, die in den von Deutschland unterzeichneten Menschenrechtsabkommen verankert sind.2 Die Durchsuchung wurde, nach letzten Angaben des LKA, wegen des "Verdachts auf die Koordination von Gewaltstraftaten zur Verhinderung des Naziaufmarschs" durchgeührt.

In Verbindung mit dem halbherzigen Verhalten von Staat und Repressionsorganen gegenüber rechtsmotivierten Angriffen, wie am 19. Februar auf das alternative Wohnprojekt "Praxis", können wir diese Attacken und Einschüchterungsversuche seitens Polizei und Justiz nur als offene Schonung menschenverachtender Gruppierungen zu Gunsten eigener machtpolitischer Ziele begreifen. Eine Regierung und Justiz, die einer neuen linken oder libertären Tendenz in der Gesellschaft mit politischen und psychischen Terror begegnet, hat den Weg der Demokratie verlassen. In der Nachbetrachtung ähnlicher Bündnisse konservativer und rechtsradikaler Kräfte zur Abwendung linker Ideen in der Weimarer Republik zeigt sich, dass aus der deutschen Geschichte von dieser Seite immernoch keine Lehren gezogen wurden.

Den Betroffenen gilt unsere volle Solidarität und Unterstützung. Wir fordern die Einstellung aller laufenden Verfahren gegen Linke und Anarchist*innen! Wir fordern die Öffentlichkeit auf, gegen staatliche Misstrauens-Doktrin und politsch-motivierte Polizeieinsätze Stellung zu beziehen und sich zu engagieren!

Auch für staatliche Gewalt gilt: Es ist immer ein Angriff auf uns alle!

Libertäres Netzwerk Dresden

Mövenpick Hotel Hamburg: Erneut feiger Anschlag mit Buttersäure - Hotelmitarbeiter und Gäste betroffen

(Hamburg, 04. März 2011) Dieses Mal gab es Verletzte: Unbekannte verübten am Mittwochabend einen Anschlag auf das Mövenpick Hotel Hamburg. Sie konnten Buttersäure in die zentrale Lüftungsanlage bringen, was bei Gästen und Mitarbeitern zu Übelkeit führten. Zwei Barmitarbeiter wurden mit Atemwegsverätzungen in ein Krankenhaus gebracht; es soll Ihnen schon wieder besser gehen.

Die Schwere des erneuten Vorfalles zeigt, dass sich erklärte Gegner des vor rund vier Jahren eröffneten Hotels am Multikulti-Viertel Sternschanze einfach nicht zurück ziehen wollen. Der Anschlag mit Christbaumkugeln, die beim Aufprall zerplatzten und die Buttersäure freigaben, ereignete sich offenbar vor Dienstantritt eines Sicherheitsmitarbeiters. Die Hotelführung muss seit geraumer Zeit mit eigenen Mitteln für die Sicherheit des Hauses sorgen; zuvor gab es Unterstützung von der Polizei.

Der jüngste Anschlag war der bisher der Schwerste. Verletzte hatte es bislang nicht gegeben. Zuvor waren Farbbeutel geflogen oder - einst auf der Hotel-Baustelle - ein Generator in Brand (ohne größere Folgen) gesteckt worden. Das sehr erfolgreiche Hotel ist offenbar nachwievor radikalen Akteuren aus dem linken Spektrum ein Dorn im Auge. Es ist zu erwarten, dass die Polizeibehörden wieder eingreifen. (car.)

Tophotel.de



1. Mai - Nazidemo in Halle stoppen!

Die "Freien Kräfte" im Osten der Bundesrepublik, aber auch in Berlin und sogar Hamburg, Köln oder Hildesheim mobilisieren zum 1. Mai 2011 nach Halle. Auch die NPD/JN der Region ist dabei. Der Aufmarsch ist genehmigt. Antifaschistische Gruppen aus Halle und der Region rufen zu Gegenaktionen auf und mobilisieren überregional, und ein zivilgesellschaftliches Bündnis hat ebenfalls das Motto "Halle blockt" ausgegeben. Hier gibt's neuesten Infos.

Demo...

Schon lange nutzen Neonazis den 1. Mai für ihre Auftritte. Spätestens seit er im Jahr 1933 offiziell zum "Tag der deutschen Arbeit" erklärt wurde, können Nazis ihn problemlos in ihre Argumentation einbinden, die auf der antisemitischen Trennung von "raffendem und schaffendem Kapital" aufbaut und das verpflichtende "Recht" auf Arbeit mit der "Gesundheit" des "deutschen Volkskörpers" verknüpft.

In diesem Jahr wollen nun Enrico Marx (Sotterhausen) und Maik Müller (Dresden) mit hunderten ihrer "Kameraden" für das Recht echter Deutscher auf Arbeit und gegen die "Fremdarbeiterinvasion" demonstrieren. Zum Aufmarsch mobilisieren mittlerweile nicht nur "Freie Kräfte" in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen, sondern auch "Kameradschaften" in den alten Bundesländern (KS Aachener Land, FN Köln, KS Essen u.a.) sowie Berliner (NW Berlin) und Hamburger (Freies Infoportal) Strukturen. Zu diesem Zweck haben die Organisatoren die seit Jahren auch aufgrund diverser interner Probleme brachliegende "Antikap"-Kampagne wieder aufleben lassen.

Eine starke Beteiligung aus regionalen Kreisen der NPD/JN wird ebenfalls erwartet - Marx und seine Freundin Judith Rothe sind ein gutes Beispiel für die Übernahme der NPD/JN in der Region durch streng nationalsozialistische, gewalttätige Kameradschaftsstrukturen der "Freien Kräfte". Unabhängig davon, ob das Verbot der regionalen NPD-Demo in Greifswald aufgehoben wird - und das ist mehr als wahrscheinlich - ist damit zu rechnen, dass der einzige zentrale Großaufmarsch im Osten in Halle eine bis zu vierstellige Teilnehmerzahl erreichen wird.

...organisatoren

Enrico Marx sammelt seit den 90'er Jahren Neonazis (FK Ostara Skinheads u.a.) um sich. In Sotterhausen (LK Mansfeld-Südharz) hat er ein Gehöft erworben, auf dem er mit seiner Frau (NPD-Aktivistin und -Kandidatin Judith Rothe), Kindern sowie weiteren Nazis lebt. Der Hof dient als regionales Neonazi-Zentrum, während des Wahlkampfes waren dort auch zahlreiche NPD-Wahlkampfhelfer untergebracht. Zudem finden dort regelmäßig Kameradschaftsabende, Schulungen und Mobilisierungsveranstaltungen statt. Nach den gescheiterten Versuchen als Musikproduzent und Internethändler ("Barbarossa") Fuß zu fassen, sieht man Marx in letzter Zeit häufig auch als Würstchenverkäufer auf Nazidemos. Zum Umfeld von Enrico Marx gehört auch Florian Jass, der im "White Skull" in Halle als Tätowierer tätig ist.

Maik Müller ist die treibende Kraft hinter dem "Aktionsbündnis gegen das Vergessen" aus Dresden, welches jedes Jahr am 13. Februar zu den Aufmärschen der "Freien Kräfte" aufruft. Seit Jahren bestehen kameradschaftliche Verbindungen zur Magdeburger "Initiative gegen das Vergessen" um Andy Knape (JN-Landesvorsitzender) und Andreas Biere. Als Redner auf zahlreichen Nazidemos und Sommer-Open-Airs stellt Müller sich mit seinem von starkem Narzißmus getriebenen unermüdlichen Engagement gern als Vorbild für die "deutsche Jugend" dar. Als "Max Braun" schreibt er regelmäßig in diversen Neonazi-Foren seine Einschätzungen zu Veranstaltungen und Konflikten in der Szene.

Diese und weitere Infos, u.a. zur lokalen hallischen Naziszene und einige Fotos finden sich auf der Mobiseite der Antifagruppen Halle unter "Hintergrund & Recherche".

Nazimobilisierung

Die Nazis haben in einigen Käffern in Sachsen und irgendwo in Dresden ein paar eher lächerliche Mobiaktionen gemacht. Wie zuvor in Südwestdeutschland für Heilbronn gab es nun zur Bewerbung des Aufmarsches in Halle eine kleine Spontankundgebung in Radeberg und in fünf anderen sächsischen Orten ein paar Flugblattverteilaktionen, zudem wurden glorreich diverse Laternen mit Aufklebern beklebt. Offensichtlich wollen die sächsischen Nazis um Maik Müller ihren südwestdeutschen Kameraden im Aktionismus in nichts nachstehen - sie wollen innerhalb der Szene klarmachen, dass Halle und Heilbronn als die zwei zentralen Großaufmärsche der Szene am Ersten Mai ebenbürtig sind. Ob der Kreis um Marx jetzt in Sachsen-Anhalt nachlegt oder die Berliner Kameraden um "NW Berlin" zwecks Mobi nun gar einen neuen "Hausbesuch", bleibt abzuwarten…

Gegenaktivitäten

Das zivilgesellschaftliche Bündnis will mit Kundgebungen und einer Demo gegen den Naziaufmarsch protestieren - so gibt es Kundgebungen in Sicht- und Rufweite im Steinweg und in der Prof.-Friedrich-Hoffmann-Str. jeweils unmittelbar nördlich der Philipp-Müller-Straße, eine Kundgebung südlich des Nazitreffpunkts in der E.-Kamieth-Str. sowie eine zentrale Demonstration, die vormittags vom Rannischen Platz über Philipp-Müller-Str., Turmstr. und Merseburger Str. zur Kundgebung E.-Kamieth-Str. führt. Ab 9.30 ist Treffpunkt, um zehn soll die Demo schon am Rannischen Platz aufbrechen, damit sie rechtzeitig wieder von der Naziroute runter ist. Hallische DJs organisieren zudem am Tag des Aufmarsches eine Partykundgebung unter dem Motto "Nazis wegbassen" am Leipziger Turm.

Antifaschistische Gruppen aus Halle und der Region mobilisieren zu dezentralen Aktionen gegen den Naziaufmarsch. Am Ersten Mai wird es eine antifaschistische Infostruktur geben, also eine Infotelefonnummer, einen WAP-Ticker und einen twitter-Ticker zur Sicherheit, sowie einen Ermittlungsausschuss zur Rechtshilfe. Stadtpläne mit Routen und Kundgebungsorten gibt es ab dem Wochenende, Stadtpläne mit zusätzlichen Angaben zur Infostruktur gibt es ab dem frühen Morgen des Ersten Mai auf unserer Seite sowie bei den Zugtreffpunkten in Berlin, Leipzig und anderen Städten und bei den Infopunkten in Halle.

Antifa-Mobiveranstaltungen/ Zugtreffpunkte

In den nächsten Tagen finden in Berlin, Erfurt, Leipzig und Dresden noch weitere Infoveranstaltungen statt. Dort erhaltet Ihr auch Infos zu den Zugtreffpunkten, sowie auf den Seiten Eurer lokalen Antifagruppen und ab nächster Woche auf unserer Seite. Das Mobimaterial ist in viele Städte rausgegangen und nun vergriffen, zur Mobilisierung im Internet auf Euren Blogs und Webseiten findet Ihr aber Banner auf der Seite des Zusammenschlusses Antifaschistischer Gruppen in Halle.

Aktuelle Infos unter:

www.nonazisinhalle.tk
www.twitter.com/nonazisinhalle

"Die Ermordung von Ramazan Avci war ein Wendepunkt in der Migrationsgeschichte"

In Hamburg wurde vor 25 Jahren Ramazan Avci von Neonazis ermordet. Die Tat war einer der ersten rassistischen Angriffe mit Todesfolge, die in der Bundesrepublik bekannt wurden.
Ramazan Avci hatte sein Auto in die Werkstatt gebracht, danach wollte er mit seinem Bruder und einem Freund mit dem Bus nach Hause fahren. Vor der Gaststätte am S-Bahnhof Landwehr standen etwa 30 Naziskins, sie griffen die drei jungen Männer an. Avcis Bruder und der Freund konnten in einen Linienbus fliehen. Ramazan Avci erreichte den Bus nicht mehr, er rannte auf die Fahrbahn, wurde von einem Auto erfasst, durch die Luft geschleudert und brach sich ein Bein. Auf dem Boden liegend, wurde er mit Baseballschlägern, Axtstielen und Fußtritten malträtiert, bis er bewusstlos liegen blieb. Er erlitt einen Schädelbruch und starb nach drei Tagen, am Morgen des 24. Dezember, ohne das Bewusstsein wiedererlangt zu haben. Wenige Tage später wurde sein Sohn geboren, der nach ihm genannt wurde.
Anlässlich von Ramazan Avcis 25. Todestag gründete sich Anfang Dezember eine Gedenkinitiative. Sie fordert, dass der Bahnhofsvorplatz, in dessen unmittelbarer Nähe sich der Angriff ereignete, in Ramazan-Avci-Platz umbenannt wird. Der Angriff auf Avci gehörte zu den ersten rassistischen Attakken mit Todesfolge, die in der Bundesrepublik bekannt wurden. Wenige Monate zuvor, am 24. Juli 1985, war in Hamburg der 29jährige Mehmet Kaymakci von drei Rechtsextremen ermordet worden. Sie schlugen ihn zusammen und zertrümmerten mit einer Gehwegplatte aus Beton seinen Schädel. "Wir wollten den Türken fertigmachen", sagte einer der Täter nach seiner Festnahme. "Vor der Ermordung von Ramazan Avci und Mehmet Kaymakci war die gesellschaftlich-politische Atmosphäre aufgeheizt gegen die ›Ausländer‹", erinnert sich Perihan Zeran. Sie war damals 18 Jahre alt und engagiert sich in der neugegründeten "Initiative zum Gedenken an Ramazan Avci". Auch Ünal Zeran, ebenfalls in der Gedenkinitiative aktiv, sieht einen Zusammenhang mit den damaligen Regierungsplänen, die die sogenannten Gastarbeiter mit Prämienzahlungen zum Verlassen der Bundesrepublik bewegen wollten. Zeran erzählt, dass es zu Beginn der achtziger Jahre in Hamburg zu zahlreichen rassistischen Angriffe kam, bei denen mehrere Menschen verletzt wurden. "In Hamburg gab es eine Neonaziszene, die sich stärker formierte. Viele Nazigrößen wie Christian Worch, Michael Kühnen oder Jürgen Rieger stammten ja aus Hamburg."
Die vier Neonazis, die von der Polizei nach dem Angriff auf Ramazan Avci noch mit den Tatwaffen in ihrem Besitz verhaftet wurden, waren Mitglieder einer Skinheadgruppe aus Hamburg-Lohbrügge. Sie war bekannt für ihre rassistische Jagd auf Einwanderer. Einer der Verhafteten, Ralph Lach, belastete bei seiner Vernehmung einen Mittäter schwer: René Wulff, der sich an seinem älteren Bruder orientierte, dem Neonazikader Thomas Wulff, damals "Gauleiter Nord" der "Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS). Gegen die Angriffe der Naziskins wehrten sich Jugendgangs wie die "Bomber". "Wenn die Polizei uns nicht so oft gegriffen hätte, wären die Skins nicht so groß geworden", sagte ein Mitglied der Gang nach Ramazan Avcis Tod. Zehn Monate zuvor hatte der Jugendbeauftragte der zuständigen Polizeidirektion in einer Bezirksversammlung erklärt, die Skins seien unpolitisch, Prügeleien seien eine "allgemein übliche Handlungsweise von Jugendlichen", das solle man nicht überbewerten. Eine weitere Radikalisierung habe die Polizei bisher nicht beobachtet. Das galt aber nur für die Skins. Gegen die sogenannten ausländischen Jugendbanden wurde repressiv vorgegangen. Dass sich junge Migranten organisierten, um sich vor Naziangriffen zu schützen, war unerwünscht. Die "Bomber" konnten bei einem "Nazialarm" bis zu 400 Personen mobilisieren. Gegen 80 Mitglieder der "Bomber" ermittelte fast zwei Jahre eine besondere Einsatzgruppe der Polizei, zu ihrer Überwachung wurde eine konspirative Wohnung angemietet, 29 Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet. Gegen die Naziskins aus Lohbrügge wurde hingegen nicht systematisch ermittelt, es kam lediglich zu vereinzelten Festnahmen. Die vier Männer, die Avci angriffen, galten als "polizeibekannt". Erst nachdem Ramazan Avci im Krankenhaus gestorben war, wurde Haftbefehl gegen sie erlassen.
Für viele Migranten war Avcis Tod ein Schock, in der Politik und bei der Senatsverwaltung bemühte man sich hingegen überwiegend um Verharmlosung. Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) bedauerte den "tragischen Tod", ohne den Naziterror zu erwähnen. Der Staatsrat der Innenbehörde, Peter Rabels (SPD), sagte, man dürfe den Skins nicht "die Ehre" eines politischen Hintergrundes zugestehen - sie seinen keine Neonazis, sondern "Schläger und Radaubrüder". Das Muster für die Bagatellisierung von Naziskins war erfunden, mit der staatlichen Ausgrenzungspolitik von Migranten wollte man die Morde nicht in Verbindung bringen. In seiner Neujahrsansprache betonte Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) eine Woche nach Avcis Tod den "Stolz auf Deutschland, unsere Heimat, unser Vaterland, in dem es sich zu leben und zu arbeiten lohnt".
Zwei Wochen später fand in Hamburg mit 15000 Teilnehmern die bis dahin größte antirassistische Demonstration der Bundesrepublik statt. "Damals wurde der Begriff Ausländerfeindlichkeit verworfen, man begann von Rassismus zu sprechen", erinnert sich Perihan Zeran. Sie beschreibt, wie sich Kulturvereine, Sportvereine, Moscheen und linke Gruppierungen aus der Türkei, die sonst häufig gegeneinander arbeiteten, verbündeten, um politisch Stellung zu beziehen. Letztlich führte die Tat vor 25 Jahren zur Gründung der Türkischen Gemeinde in Deutschland.
Nach dem Tod von Acvi begannen Perihan und Ünal Zeran, sich mit anderen Migranten in antirassistischen Initiativen zu engagieren, vor allem während der rassistischen Progrome der neunziger Jahre. Am 21. Dezember, dem Jahrestag des Angriffs auf Ramazan Acvi, veranstaltete ihre Initiative eine Gedenkkundgebung.

Gaston Kirsche

Interview mit Perihan und Ünal von der "Initiative zum Gedenken an Ramazan Avci" unter
http://www.graswurzel.net/357/avci.shtml

Restrisiko - das Risiko das uns den Rest gibt

Es gibt Dinge die passieren einfach selten, z.B. das in der Eifel ein Vulkan ausbricht, oder das alle Notstromaggregate auf einmal ausfallen. Und weil diese Dinge so selten passieren, behaupten Viele, mensch bräuchte sie nicht in die Risikobetrachtung beim Betrieb einer Atomanlage miteinzubeziehen. Mensch bezeichnet das Risiko derartiger Ereignisse als "Rest"-Risiko und lässt es unter den Tisch fallen.
Und dort sitzt das Risiko dann und wartet auf seine Gelegenheit. Theoretisch kommt es nur einmal in 10.000 Betriebsjahren zu einem GAU, praktisch aber alle 20 bis 25 Jahre. Statistisch überrascht das nicht, werden weltweit doch gut 440 Reaktoren betrieben. Auch praktisch ist Fukushima keine Überraschung, denn das einem starken Beben ein Tsunami folgt, der weite Teile der Notstromversorgung zerstören kann, verwundert kaum, und auch der letzte Vulkanausbruch in der Eifel ist gerade einmal 11.000 Jahre her. Nebenbei bemerkt braucht es für den Ausfall aller Notstromdiesel auch keinen Tsunami. In Brokdorf wurde 1988, zwei Jahre nach Hochfahren des Reaktors festgestellt, dass durch schlampige Montage kein einziger Notstromdiesel funktionsfähig war.
Schon vor der Katastrophe von Tschernobyl wehrten sich hundert Tausende gegen den Betrieb von Atomanlagen, weil schon der Normalbetrieb in den Uranabbaugebieten tagtäglich die Landschaft verseucht. Und auch, weil das Einkalkulieren des Restrisikos in die Betriebsbilanz einen Zynismus darstellt, den weite Teile der Bevölkerung nicht mitmachen wollten. Es ist äußerst bitter, dass nach der Erfahrung von Tschernobyl, die sich am 26.4. 2011 zum 25.Mal jährt, immer noch Atomanlagen betrieben werden, und es zu einer erneuten Havarie kommen konnte.
Doch die Erfahrung zeigt, dass sich immer Betreiber finden lassen, die diesen Zynismus in Geld umsetzen, und PolitikerInnen die den Betrieb der Anlagen zulassen. Letztlich war es immer der Widerstand der Straße, der Parteien zum Stillegen von Atomanlagen genötigt hat. An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass die CDU auch vor dem Moratorium bereits mehr AKW stillgelegt hatte als die Grünen, die bis dato nur das offensichtlich betriebsbedingte Aus von Stade für sich verbuchen können.
Die Erfahrung aus dem deutschen Atomkonsens, aber auch dem schwedischen Atomausstiegsbeschluss von 1986, innerhalb von zwei Jahrzehnten auszusteigen, zeigen vor allem auch eines: Aus ist Aus, und An ist An. Was beschönigend als Restlaufzeit bezeichnet wird, stellt schlicht den Weiterbetrieb der Atomanlagen dar. So gelesen hört sich die aktuelle Debatte über den Weiterbetrieb auch ganz anders an. Die Grünen fordern den Weiterbetrieb für ein bis zwei Legislaturperioden, die SPD möchte mit Atomkraft noch bis in nächste Jahrzehnt, und die CDU ist bereit die mehr als drei Jahrzehnte alten Reaktoren (vielleicht) stillzulegen, und den Rest der Anlagen irgendwann in den 2020ern stillzulegen, oder dann mal zu schauen wie die Stimmung ist.
Anders als in Schweden führte der Druck der Straße 1986 in Italien dazu, dass binnen eines Jahres alle laufenden AKW stillgelegt wurden. Ein Beispiel, dass in der deutschen Debatte wohlweislich stillgeschwiegen wird, denn es zeigt zum einen, dass der Sofortausstieg machbar und durchsetzbar ist, und zum anderen, dass der ach so bemerkenswerte Schritt, sieben absolut veraltete AKW stillzulegen, bei weitem nicht das globale Mas aller Dinge ist.
Das Beispiel Italien weist aber auch für die BRD in die richtige Richtung. Jenseits aller parlamentarischen Winkelzüge gilt es den Betrieb der Atomanlagen politisch unmöglich zu machen. Denn Frau Merkel treibt nicht ihre Angst vor den Folgen Fukuschimas an, sondern die Angst vor unseren Schlussfolgerungen aus den Ereignissen in Fukuschima. Und die sollte heißen: Atomausstieg bleibt Handarbeit - wichtige Dinge darf mensch keiner Regierung überlassen.

Aktion

Tumulte bei RWE-Hauptversammlung

Am Mittwoch, den 20.04.2011, schafften es einige hundert Demonstranten die RWE-Jahreshauptversammlung um eine halbe Stunde zu verzögern. In der Grugahalle wurde die Rede von Konzernchef Großmann massiv gestört. Die Atomkraftgegner empörten sich über RWE's skrupellosen Atomkurs. Sitzblockaden, Wollknäule und Transparente prägten am Mittwoch ab 08.00 Uhr morgens den Vorplatz der Grugahalle in Essen. Die Atomkraftgegner meinen es offensichtlich ernst: Transparente werden entrollt, Wollknäule fliegen durch die Luft, eine Sitzblockade formiert sich in der einige ihre Arme sogar durch Rohre miteinander verbinden. Für eine Weile geht nichts mehr am Eingang, niemand kommt durch. Polizisten schubsen junge Menschen mit Sonnen-Masken mal in die eine mal in die andere Richtung. Die nachkommenden Aktionäre die auf die Hauptversammlung wollen stauen sich auf dem Platz, einige verheddern sich in den Wollfäden, dem sogenannten Widerstandsnetz. Auch im Veranstaltungssaal reißt der Protest nicht ab. Die Rede des Konzernchefs Großmann wird immer wieder von lauten "abschalten" Rufen unterbrochen. Transparente gegen Atomkraft werden hochgehalten. Einige Aktionäre empören sich und werden handgreiflich, versuchen die Transparente zu entwenden. "Atombosse nach Fukushima" ist auf einem Transparent zu lesen. Großmann lässt sich davon zu einem unangebrachten Witz hinreißen. Beinahe stürmen einige Atomkraftgegner die Rednerbühne
http://rweabschalten.blogsport.de/

Geplante Aktionen

Am Samstag den 28.5. soll es erneut bundesweite Demonstrationen in über 20 Städten geben
Infos bei campact oder robin wood

Vom Pfingstwochenende an wird es eine Abschaltblockade von X-Tausend Mal Quer am AKW Brokdorf geben

Ebenfalls am **Pfingstwochenende (11-13.6)** wird es die Aktion "Stresstest" aus dem Schotternumfeld, also von IL und autonomen Gruppen, an einem Norddeutschen AKW geben.
Dabei soll ein bis mehrere Tage der Normalbetrieb an einem laufenden AKW gestört werden.
Infos auf der Schottern Seiten oder z.B. bei Avanti oder Dissident.

Weiterhin trifft sich in Hamburg das offene Anti-Atom-Plenum **jeden Dienstag um 19°°** im Gängeviertel

Als gute Informationsquelle hat sich die Seite von Contratom.de erwiesen, und für Debattenbeiträge natürlich die Bewegungszeitung anti-atom-aktuell (schaut mal rein, gibt´s im Schwarzmarkt und im Schanzenbuchladen)

Haut rein!!

ANMERKUNG DER REDAKTION: Liebe Leser_innen, den folgenden Text haben wir zugesendet bekommen und wir haben lange diskutiert, ob wir ihn rein nehmen sollen. Wir finden mind. eine Passage von sexualisierter Sprache zum Kotzen und den ganzen Text inhaltlich überhaupt nicht nach vorn bringend! Nicht desto trotz finden wir das Thema grundsätzlich wichtig und zu wenig in der radikalen Linken diskuteirt. Vielleicht kann dies ein Ausgangspunkt sein, eine sinnvolle Diskussion anzuregen.

Was haben die Tunesier und Ägypter, was wir nicht haben?

es gibt kaum reaktionen aus der radikalen linken zu den regierungsstürzen in tunesien und ägypten. hier soll der versuch gemacht werden ohne anspruch einige analytische gedanken zu dieser frage auf papier zu bringen. es handelt sich bei den aufständen um soziale bewegungen, die spontan sehr große massen anhäufen konnten und damit ihr jeweiliges system angegriffen haben. das ist wohl ein feuchter traum für jedes revolutionäre subjekt. hier in deutschland dominiert als reaktion aber sehr oft ein anderer gedanke: erstmal abwarten, was daraus wird; ob die islamisten nicht die macht an sich reißen werden..." vielleicht spiegelt sich in dieser haltung ein traditionsgedanke, der gerade seit 2001 im westen gehypt wird, nämlich dass moslemische bewegungen / menschen nicht emanzipativ sein können. vielleicht ist aber auch die gefahr einer selbstschädigung vom selbstverständnis der eigenen politischen praxis zu groß, wenn gesagt würde, irgendwie haben die leute dort geschafft, was hier nicht geht.

warum geht hier etwas vergleichbares nicht?

- ist die repression hier größer als in Tunesien o ägypten ? --> sicherlich nicht.
- ist die freiheit hier größer und deshalb die mobilisierung der menschen schwieriger? --> schwierige frage, da ein vergleich zwischen den systemterror der staaten hinken muss: gorleben/lubmin, stuttgart21, liebigstr. usw. zeigen, dass der deutsche staat nur emanzipation / freiheiten zulässt, die vom staat abgesegnet sind. steht die meinung in opposition zu staatlichen zielen, kann sie zwar "gewaltfrei" geäußert werden, aber der staat hört nicht zu, was die idee und funktion einer meinungsfreiheit für den oppositionellen sinnbefreit und dem staat zusätzlich als feigenblatt für den eigenen demokratieanspruch dient. die umsetzung der (meinungs-)freiheit in aktion ist hier nur zugelassen, wenn sie systemkonform ist und z.b. faschisten in sitzblockaden anprangert.
- geht es den menschen dort viel schlechter als denen hier? --> wenn das empfinden der eigenen situation subjektiv ist, d.h., wenn ein hartzer, eine Obdachlose, Prekäre, selbstdisziplinierte flexible usw. sich subjektiv genauso im elend und verzweifelt fühlt, wie arbeitslose menschen in tunesien o ägypten, dann geht es sehr vielen menschen hier sehr schlecht und sie hätten allen grund eine systemänderung zu wollen
- usw

warum geht also hier nicht, was dort ging? vielleicht sind wir nicht bereit unsere eigene beteiligung an der aufrechterhaltung des staates aufzugeben, weil wir dann privilegien aufgeben müssten? es ist einfacher z.b. die scheiben einer bank einzuschmeißen, um den kapitalismus anzugreifen, z.b. dem staat seine selbstverlautete soziale wohlfahrt zu legitimieren, indem hartziv genutzt wird, z.b. dem projekt selbstbeschränkung aufzulegen, um nicht geräumt zu werden..., statt die eigene verstrickung am erfolg des staates / des kapitalismus zu hinterfragen. vielleicht sind die menschen dort mutiger! ja, vielleicht waren sie mutiger

- indem sie in kairo solidarisch essen, getränke, medizinische hilfe ohne gegenleistung einbrachten. --> wer spendet hier schon soli, wenn es dafür nicht eine party, t-shirt etc gibt?
- indem sie aktiv partizipierten. --> wie viele machen hier schon "orgas", die dann auch ein konzept vorgeben müssen.
- indem sie körperliche unversehrtheit riskierten. --> wer sucht oder kalkuliert hier schon den schlagstock mit ein, der immer so weh tut
- indem sie ihre heterogenität jeweils neben einander stehen ließen. --> wie oft gibt es hier schon keine hierarchisierung, abgrenzung, bekämpfung von unterschiedlichen aktionsformen, wissensständen, ideen, können, netzwerken
- usw.

die menschen dort waren emanzipativ, kollektiv, solidarisch, visionär. und wir? --> wir wollen so sein! vielleicht sind wir noch in einem langen entwicklungsprozess, bis bei uns auch so etwas geht, wie in tunesien / ägypten.

Zum Selbermachen:

Schritt 1 - Rasterzeichnung anfertigen

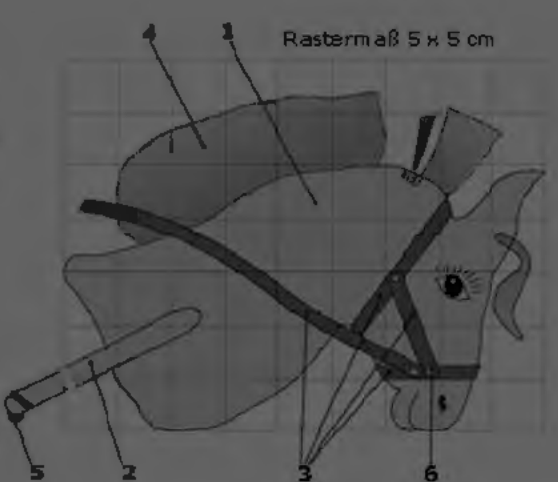
Fertigen Sie auf Papier ein Raster von 5 x 5 cm Größe an und zeichnen Sie die Umrisse nach der Vorlage auf.

Schritt 2 - Umrisse auf Leimholzplatte übertragen und aussägen

Nun übertragen Sie den Umriss mittels Durchschlagpapier auf eine Leimholzplatte und schneiden ihn mit einer Stichsäge aus. Die Schnittkanten müssen mit Feile und Schleifpapier entgratet und fein abschmirgelt werden.

Schritt 3 - Mähne für den Pferdekopf

Anschließend schneiden Sie in das Rückenteil für die Mähne Schlitze und drücken die Sisalmähne mit Holzleim hinein. Für die Mähne am Vorderkopf ein Loch in die schmale Seite bohren und ein Sisalbüschel mit Holzleim in das Loch drücken.



Schritt 4 - Pferdekopf an Stab

Ein Rundholzstab wird auf einer Seite auf eine Tiefe von 100 mm und 15 mm Breite geschlitzt. Nun schieben Sie den Pferdekopf in den Schlitz und befestigen ihn mit Holzleim.

Schritt 5 - Rolle befestigen

Damit der Nachwuchs schneller unterwegs ist, wird am unteren Ende des Rundholzstabes eine starre Rolle mit Schrauben befestigt. Sie können sowohl ein Holzrolle mit Gummireifen, als auch eine Kunststoffrolle verwenden.

Schritt 6 - Ledergurt anbringen

Legen Sie nun einen Ledergurt mit ca. 20 mm Breite um den Pferdekopf. Wie das geht, können Sie der Zeichnung entnehmen. Schneiden Sie den Ledergurt passend zu und befestigen Sie ihn mit Nieten.

Schritt 7 - Zügel zuschneiden und befestigen

Ebenso den Zügel auf Länge zuschneiden und beide Enden jeweils an einer Seite des Kopfes befestigen. Achten Sie darauf, das der Zügel lang genug für ihr Kind ist.

Schritt 8 - Pferdegesicht aufmalen

Zum Schluss wird auf beide Seiten das Auge mit Wimpern, die Nasenlöcher, sowie die Lippenlinie aufgemalt.

Rote Flora Programm: www.rote-flora.de

Regelmässige Termine in der Flora

Montag:
Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr) - Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr
Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr - Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007) -
Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr
Jeden 15. im Monat Autonome VV 19.30 Uhr